Zeitschrift für den Klassenkampf

KOMMUNISMUS

#7 | 11/2016 | 2 Euro

Widerlegt?!

Warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte

Innen-Ansichten

Sozialarbeiterin berichtet aus einer Notunterkunft für Geflüchtete

G20 in Hamburg

Durchbrechen wir den Ausnahmezustand!

Argumente gegen den Faschismus

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Redaktion	S.1
G20-Gipfel – Einige politisch-militärische Gedanken zur Vorbereitung auf die Kämpfe in Hamburg	S. 3
Über die Zerstörung des Sozialismus und die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion	S.12
Fluchtursachen bekämpfen	S.27
Das unmenschliche Lagersystem - Bericht aus einer Flüchtlingsunterkunft	S.29
Wie man gegen Faschisten argumentiert	S.41
Krieg dem Krieg oder Stopp aller Kampfhandlungen?	S.47

Impressum:
Abomöglichkeit:
„Kommunismus“ kann beim „Verlag Leo Jogiches“ abonniert werden. Schickt dazu einen Umschlag mit Geld und Eurer Adresse an unser Postfach 300 2004, 44232 Dortmund. Ihr erhaltet soviele Ausgaben von „Kommunismus“, wie ihr bezahlt habt. Der Preis für 5 aufeinander folgende Ausgaben beträgt 15€.

„Kommunismus“ ist außerdem im Internet zu lesen und kann auf 'www.komaufbau.org/category/zeitung' heruntergeladen weren.

Impressum:
Herausgeber Redaktionskollektiv, Verlag Leo Jogiches
V.i.S.dP.: H. Sand, Solmsstr. 32, 60486 Frankfurt a.M.
Kontakt:
Email: info@komaufbau.org
PGP-Key-Fingerprint: 9A49 BFDB 1EA1 A19D E6E4 D090 6777 88 EC BE6A 4061

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht persönlich ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Vorwort der Redaktion

Liebe FreundInnen und GenossInnen,

wir freuen uns, dass ihr die siebte Ausgabe unserer Zeitschrift 'Kommunismus' in Händen haltet.

Wir haben uns entschieden einige politische und militärische Vorüberlegungen zum kommenden G20 Gipfel an den Anfang dieser Ausgabe zu setzen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass der G20 Gipfel in Hamburg für einen sehr großen Teil der politischen Widerstandsbewegung das wichtigste Event 2017 werden wird. Die Vorfreude ist im allgemeinen groß. Mit einer Einschätzung der Ausgangslage wollen wir aus verschiedenen Perspektiven verständlich machen, warum unserer Meinung nach pure Euphorie fehl am Platze ist. Vielmehr sollten wir uns intensiv Gedanken darüber machen, warum uns der Feind ausgerechnet im Zentrum von Hamburg treffen will. Mit anderen Worten: Warum schenkt er uns ohne Not ein scheinbares Heimspiel?

Kurz vor dem Jubiläumsjahr der Oktoberrevolution sind unsere internen theoretischen Debatten soweit fortgeschritten, dass wir uns erstmalig als Organisation zur Zerstörung des Sozialismus in der Sowjetunion äußern. Dieses für die ganze kommunistische Bewegung sehr wichtige Thema kann man natürlich nicht in einem Artikel allein erschöpfend behandeln. Jedoch werdet ihr darin unsere grundsätzliche Position zum Revisionismus und zum 20. Parteitag der KPdSU finden. Den Schwerpunkt des Artikels bildet ein Teil zur ökonomischen Umgestaltung der sozialistischen Sowjetunion, also der Frage, wie eine neue Ausbeuterklasse dort entstehen konnte und wie sie sich organisiert hat.

Darauf folgen zwei sehr unterschiedliche Artikel, die sich mit der Flüchtlingsfrage beschäftigen. Im ersten Artikel findet ihr einen kurzen Bericht von den Aktionen der Fluchtursachen Bekämpfen Kampagne, an der auch wir uns beteiligt haben. Im zweiten Artikel drucken wir für euch ein längeres Interview mit einer Genossin ab, die als Sozialarbeiterin in einem Flüchtlingslager gearbeitet hat. Darin wird u.a. auf die widersprüchliche Situation der SozialarbeiterInnen - zerissen von harten Arbeitsbedingungen, humanistischen Ansprüchen und einem unmenschlichem Lagersystem, dessen Zuckerbrot sie bilden - eingegangen und die Frage nach möglichen Ansatzpunkten für gewerkschaftliche und politische Kämpfe behandelt.

Bei vielen GenossInnen und auch bei uns selbst konnten wir in den vergangenen Monaten Schwächen darin festzustellen, kommunistisch und entlarvend gegen Faschisten zu argumentieren,

wenn uns diese in der politischen Arbeit oder sonstwie im Alltag begegnen. Eine Situation, in der wir uns offensichtlich in Zukunft häufiger wiederfinden werden. Hierzu bietet der Artikel "Wie man gegen Faschisten argumentiert" einige Anregungen.

'Krieg dem Krieg oder Stopp aller Kampfhandlungen' beschäftigt sich zum Abschluß dieser Ausgabe mit der internationalen Situation. Der türkische Faschismus setzt auf Terror. Der Artikel geht der Frage nach, wie wir Revolutionäre uns in einer solchen Situation, die früher als uns lieb ist auch in Westeuropa denkbar ist, verhalten müssen, um nicht vom Feind in die Passivität gedrängt zu werden.

Wie wünschen euch viel Spaß mit dieser Ausgabe und wünschen allen LeserInnen ein revolutionäres Kampfjahr 2017!

Redaktionskollektiv 'Kommunismus', November 2016

G20-Gipfel – Einige politisch-militärische Gedanken zur Vorbereitung auf die Kämpfe in Hamburg

Links: Entfesselter Polizeiterror in Genua 2001 Rechts: Carlo Giuliani

Genua reloaded

Von Genua nach St. Pauli – der Gipfel kehrt zurück in die Großstadt

„*Der G8-Gipfel in Genua fand vom 18. bis zum 22. Juli 2001 statt. Er wurde von schweren Auseinandersetzungen zwischen der italienischen Polizei und Globalisierungskritikern, bei denen Carlo Giuliani von einem Polizisten erschossen und hunderte Personen verletzt wurden, überschattet. Seit dem Gipfel gilt gemäß dem Summit policing der Grundsatz, für G8/G20-Gipfel einen Ort zu wählen, der möglichst abgelegen ist und gut abgesichert werden kann.*“[1]

Genau 2001 im Rückblick

Die Repression gegen die Proteste anlässlich des G8-Gipfels in Genua war von militärischen Taktiken und entfesselter Polizeibrutalität geprägt. Sie ist ein – leider zunächst erfolgreicher - Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzug gegen die soziale Bewegung und deren revolutionäre Kerne gewesen. Der von Mao Tsetung geprägte Begriff 'Einkreisungs- und

1 Der G8-Gipfel in Genau 2001, wikipedia.de; dort weitere Nachweise; aufgerufen Oktober 2016

Vernichtungsfeldzug' beschreibt das strategische Vorgehen der Konterrevolution gegen den Guerillakrieg einer in den Massen verankerten Aufstandsbewegung.

Wenn wir die zutreffende Analyse der feindlichen Strategie durch Mao im Krieg auf die politische Klassenauseinandersetzung Anfang des Jahrtausends in Europa übertragen, wird sie zum zentralen Schlüsselbegriff, mittels dessen wir die Vorgänge in Genua 2001 verstehen und richtig einschätzen können.

Die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung („Anti-Globalisierungsbewe-gung“) erlebte nach den Auseinandersetzungen in Seattle in den USA, wo antikapitalistische Linke und Gewerkschaften im Protest gegen einen Politgipfel zusammen gefunden hatten, ein schnelles Wachstum und eine weltweite Ausbreitung. Vor allem in Europa war es eine „Wiedergeburt“ der Sozialproteste nach dem tiefen Tal der 1990er Jahre. Die Bewegung entwickelte eigene Organisationsformen wie Sozialforen und Netzwerke und konnte so als „Bewegung der Bewegungen“ sehr schnell große Massen in ihren Reihen organisieren. Unter Ausklammerung der politischen und ideologischen Widersprüche kamen so unterschiedlichste Teile der Politischen Widerstandsbewegung mit einer neuen Generation kritischer AktivistInnen aus den Massen zusammen. Erstmals seit dem gesellschaftlichen Aufbruch, der weltweit mit dem Jahr 1968 verknüpft ist, richtete sich eine Protestbewegung wieder direkt gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem an sich und beschränkte sich nicht darauf, einzelne Auswirkungen wie z.B. Umweltzerstörung als Teilbereich zu bearbeiten.

Die Vielfalt und Stärke der „Anti-Globalisierungbewegung“ zeigte sich u.a. in der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Genua, wo letztlich 300.000 Menschen protestierten.

Genua hätte ein neuer Höhepunkt der noch jungen Bewegung werden sollen. Stattdessen markiert Genua den Wendepunkt. Die Bewegung hatte der militärischen Repression auf der Straße, der faschistischen Folter bei der Stürmung der Diaz-Schule und gegen die Gefangenen in der Bolzaneto-Kaserne sowie der sich anschließenden Welle politischer Prozesse mit teils langjährigen Haftstrafen nichts entgegen zu setzten.

„Nach den Vorkommnissen in Genua 2001 legten die Tute Bianche ihre weißen Overalls ab und wurden zu den Disobbedienti. Während im Jahr 2002 noch das Europäische Sozialforum in Florenz stattfand, zerfiel die große linke Bewegung in Italien in den kommenden Jahren in kleine, auf territoriale Proteste beschränkte Gruppen. Im Laufe der nächsten drei Jahre wurden ca. 7.000 politische Verfahren von der italienischen Staatsanwaltschaft gegen Aktivisten verschiedener sozialer Bewegungen angestrengt.“[2]

Wer das Szenario „Genua reloaded“ verstehen und sich darauf vorbereiten will, was im Juli 2017 im Hamburg beim G20-Gipfel auf die Protestbewegung wie die revolutionären Kerne zukommen wird, der/die tut gut daran, den Ablauf der Ereignisse in Genua im Detail zu studieren.

Karte von Genua mit „roter Zone“[3]

2 Der G8-Gipfel in Genau 2001, wikipedia.de; aufgerufen Oktober 2016

3 www.de.wikipedia.org/wiki/Datei:G8_genova_map.jpg

Überraschungssieger Hamburg und einige andere Merkwürdigkeiten

St. Pauli als linksalternatives Viertel und die angelaufene Mobilisierung

Neun Monate nach dem G7-Gipfel im abgelegenen Elmau in den bayrischen Alpen verkündet im Februar 2016 die Bundesregierung eine echte Überraschung. Der nächste G20-Gipfel wird am 7. und 8. Juli 2017 in den Hamburger Messehallen stattfinden. Wo?!

Für Ortsunkundige sei eine kurze Erläuterung erlaubt. Das inmitten der Stadt gelegene Messegelände grenzt unmittelbar an St. Pauli. Das ist nicht nur der Stadtteil, wo ein halbwegs sympathischer, weil von den Fans her tendenziell linker Bundesliga-Profiverein sein Stadion hat. St. Pauli ist vor allem DIE linke Widerstandshochburg in Deutschland.
Im Hamburger Stadtteil St. Pauli befindet sich das Schanzenviertel mit der Roten Flora; ca. 1 km südlich liegt die Hafenstraße, ein weiteres Symbolobjekt des revolutionären Flügels der Autonomen. Sozusagen auf halber Strecke dazwischen, in der Brigittenstraße, befindet sich die B5, das Zentrum der Antiimps, MaoistInnen und KommunistInnen mit bundesweiter Ausstrahlung. Dazu kommen ein gutes Dutzend weiterer Zentren, Kneipen und Szeneläden. Diese bieten den verschiedensten Spektren sozusagen alles, was das linke Herz begehrt.

St. Pauli ist jedoch nicht nur das Viertel mit der vermutlich höchsten Dichte an linker Infrastruktur in Deutschland. Es kann auch auf eine rebellische Geschichte zurückblicken. Am Anfang steht der Hamburger Aufstand von 1923, der bisher einzige ernsthaft organisierte kommunistische Aufstandsversuch in Deutschland. In den 1980er Jahren haben militante Massenmobilisierungen mit der Hafenstraße ein linkes Zentrum erkämpft, wie es anderswo in der Republik nicht durchsetzbar gewesen war.

Hamburger Polizisten als Besatzungsmacht

Dazu kommen die Tausenden Schaulustigen, die bei sich bei Wind- und Wetter auf der Reeperbahn rumtreiben und sicherlich auch am 7. und 8. Juli nicht fehlen werden.

Diese kurze Darstellung soll genügen, um die provokante Auswahl des Schlachtfelds durch den Klassenfeind einzuordnen. Selbst die bürgerliche Presse stellt angesichts der unerwarteten Ortswahl die berechtigte Frage, ob das denn so klug sei. Immerhin habe man sich nach den Kämpfen in Genua bewusst dafür entschieden, solche imperialistischen Gipfelshows nicht mehr in Großstädten stattfinden zu lassen. Stattdessen sind die Herrscher der Welt immer weiter weg von dem unberechenbaren Massen gezogen. Da Deutschland nicht allzu groß ist, waren Heiligendamm (G8 2007) und Elmau (G7 2015) am äußersten Ende der Republik in diesem Sinne ideale Austragungsorte.

Wie unsere LeserInnen wissen, halten wir

unseren Feind keineswegs für dumm. Gerade was die Erfahrung im Bereich der Konterrevolution angeht, halten wir den deutschen Imperialismus für einen fähigen Gegner. Da Gipfelorte nicht zufällig ausgewählt werden, müssen wir also der Frage nachgehen, welcher Plan zur Eskalation der Lage hinter der Wahl von Hamburg steckt?

Im April beschließt ATTAC verbindlich, dass sie bundesweit zu großen Gegenprotesten gegen den G20-Gipfel aufrufen und mobilisieren. Bis Spätsommer 2016 haben alle maßgeblichen Gremien in den reformistischen Großorganisationen ähnliche Weichenstellungen getroffen. Mit anderen Worten: Bevor sich auf kommunistischer, revolutionären und linksradikaler Seite die GenossInnen überhaupt mit dem G20-Gipfel auseinandergesetzt hatten, wurden dahingehend Fakten geschaffen, dass im Juli 2017 einige zehntausend DemonstrantInnen nach Hamburg anreisen und in das widerspenstige Alternativviertel St. Pauli strömen werden.

Revolutionäre gegen G7 2015

Wir sprechen bei bei den Führungskadern der halb-staatlichen NGO's und der sogenannten „Zivilgesellschaft“ von knallharten MachtpolitikerInnen. 2015 bei den Protesten gegen den G7 Gipfel war ihnen sogar Garmisch-Partenkrichen zu „heiß“, weswegen sie innerhalb weniger Wochen eine alternative Großdemo in München aus dem Boden stampften und damit den Widerstand spalteten. Insofern ist ihre 180°-Grad Wende nicht weniger erstaunlich als die Ortswahl selbst.

Einheizer in Hamburg

In Hamburg gibt sich der Feind bereits allergrößte Mühe, die Stimmung bei den Autonomen hoch zu kochen. Schon die Breite Straßen-Demo der Autonomen zum revolutionären 1. Mai 2016 entwickelt sich zu einer Riot-Party. Die Polizei greift trotz massiver Sachbeschädigungen im ersten Teil der Demo nicht bzw. mit viel zu schwachen Kräften nur pseudomäßig ein. So kann sich eine beinahe ekstatische Stimmung entwickeln. Als hätte jemand den Schalter umgelegt, kippt sie am Endpunkt um, schlagartig und ohne erkennbaren Anlass. Eine Spur der Verwüstung hinter sich lassend, gehen alle gemütlich nach Hause als wäre nichts passiert.
Im Sommer und Herbst schafft die gezielte Verdrängung der Drogensüchtigen und -dealer vom Hauptbahnhof nach St. Pauli den erwünschten Anlass für die weitere Eskalation. Die Hafenstraße wird mit zwei Hundertschaften durchsucht, angeblich wegen einiger Kleindealer die sich im Innenhof vor der Polizei versteckt hätten.
Seitdem sorgen regelmäßige Razzien im Stadtteil dafür, dass noch den letzten gutmütigen AnwohnerInnen im Gefahrengebiet handgreiflich und nachhaltig vermittelt wird, dass PolizistInnen in St. Pauli eine feindliche Besatzungsmacht bilden, die sich auch genau so, nämlich als Besatzer, aufführen.

Damit auch noch die größten Schlafmützen aufhorchen, wird der OSZE-Gipfel für Dezember 2015 nach Hamburg in die Messehallen gebracht. Öffentlich und ganz laut verkündet die Gegenseite, dass dies als

Generalprobe für den G20-Gipfel anzusehen sei.

G20-Gipfel als das Großevent im Jahreskalender 2017 der PWB

Last but not least müssen wir den Anlass selbst berücksichtigen. Das Format G20 war bisher nicht das Event, welches die größten Gipfelproteste hervorgerufen hat. Es bietet aber im Gegensatz zu G7/G8 einen mobilisierungstechnisch großen Vorteil. Hier versammelt sich die imperialistische Weltelite komplett inklusive der BRICS-Staaten und der aufstrebenden Regionalmächte wie der Türkei. Nicht erst seit den Ereignissen nach dem Gülen-Putsch ist für jeden politischen Beobachter klar, dass ein Besuch des Faschisten Erdogans in Deutschland nicht ohne eine massenhafte Antwort der kurdischen Bewegung und der türkischen revolutionären und demokratischen Linken bleiben wird.

Fassen wir alle uns zugänglichen Informationen und Abläufe zusammen, gibt es nur eine einzige schlüssige Erklärung für die Rückkehr des Gipfels in die Großstadt, und dann nicht etwa ins Regierungsviertel nach Berlin, sondern ausgerechnet in die Widerstandshochburg St. Pauli:
Der Feind setzt alles daran, ein Genua-Szenario in Deutschland zu schaffen!

Warum der Feind eine Schlacht schlagen will – Strategische Ausgangslage Teil 1

Das Vorgehen der Konterrevolution ist aus unserer Sicht schlüssig.

Warum sollten sie warten, bis sich die verschiedenen Flügel der revolutionären Bewegung weiter gefestigt haben und eine handlungsfähige revolutionäre Aktionseinheit schaffen können, die über ein Event hinausreicht?
Unser Feind beobachtet genau die Entwicklungen in der revolutionären und kommunistischen Bewegung. Er sieht die Tendenz zum Wiederaufleben von organisierten Handeln auf der Straße und zum Stellen der Organisationsfrage.

Das Szenario Genua reloaded, das wir unten ausführen werden, zielt auf eine staatliche Machtdemonstration. Es geht dem Feind um einen präventiven Schlag. Dieser muss so massiv sein, dass er sich tief in das Bewusstsein der revolutionären Kerne wie der unruhigen Teile der Massen einprägt und unseren Widerstandswillen bricht oder zumindest nachhaltig schwächt.

Dazu stehen operativ zwei Wege offen. Der Feind kann darauf abzielen, unseren Willen psychologisch zu brechen. Dazu müsste er versuchen durch High Tech und massive Übermacht jeden Ansatz für Widerstand im Keim zu ersticken. Oder er kann unseren Willen materiell brechen. Dazu müsste er das Gefecht sich entwickeln lassen, um dann zu versuchen, eine militärische Niederschlagung des „Aufstands“ durchzuziehen. Durch Besetzung des Viertels und eine scharfe Repression (Massenverhaftungen, Schwerverletzte und eventuell Tote) würden er uns eine Lektion erteilen. Begleitet werden könnte dies von einer massiven Propaganda gegen den „linken Terrorismus“, um so Stimmung für einen Sprung in der staatlichen Faschisierung zu machen. Denkbar wären Gesetzesverschärfungen zwecks Legalisierung von Internierungen usw.

Straßbourg, Nato-Gipfel

Da sich in der hybriden Kriegsführung Psychologie und materielle Gewalt ergänzen, wird es für den konkreten Verlauf des G20-Gipfels real kaum einen Unterschied zwischen beiden Methoden geben.
Das geplante Szenario Genua reloaded läuft im Endeffekt darauf hinaus, uns mittels massiver Gewalteskalation zur Kapitulation zu zwingen, dadurch den Widerstandswillen der Massen wie der revolutionären Kerne zu brechen und so alle auf Jahre hinaus zu demoralisieren. Genau diese Wirkung hatte der massive konterrevolutionäre Angriff beim Gipfel in Genua 2001 auf die Politische Widerstandsbewegung in Italien, die dadurch in ihrer Entwicklung um mindestens zwanzig Jahre zurückgeworfen wurde.

Warum wir dem Feind eine Schlacht liefern werden – Strategische Ausgangslage Teil 2

Aus dem gerade gesagten ergibt sich, dass es beim G20-Gipfel zwei mögliche Formen der Vernichtung der revolutionären Gegenmacht geben wird: Einerseits würden wir verlieren, wenn wir uns dem Willen des Feindes beugen und kapitulieren, d.h. keinen Widerstand leisten z.B. wegen der Übermacht des Feindes oder weil wir uns in ein linksreformistisches Projekt integrieren lassen. Andererseits verlieren wir auch, wenn wir uns zu einer aussichtslosen Schlacht provozieren lassen würden, die wir verlieren und in deren Folge z.B. aufgrund der erlittenen Verluste unser Widerstandswillen demoralisiert wird.

Offenbar schätzt die Konterrevolution die strategische Lage ähnlich ein wie wir. Daher weiß sie auch, dass wir diesem Gefecht nicht einfach ausweichen können. Wenn am 7. und 8. Juli 2017 Zehntausende gegen den Imperialismus und seine Gipfelshow protestieren, können die Revolutionäre nicht abseits stehen. Täten wir das, würden wir jede Glaubwürdigkeit verlieren. Abgesehen davon ist das Verweigern der Schlacht Anfang November 2016 schlicht keine politische Handlungsoption mehr. Schon heute ist klar, dass tausende aktionsorienierte AktivistInnen gegen den G20-Gipfel protestieren werden. So oder so, ob die KommunistInnen nun dazu stoßen oder mit ihren organisierten Kräften abseits stehen würden, im Juli 2017 wird Hamburg brennen.

Vom Tahrir-Platz bis zum Gezi-Park, in den Aufständen der letzten Jahre hat sich ein durchgängiges Muster gezeigt. Die Massen sind bereit organisierten Strukturen im Kampf zu folgen, wenn sie sich in der Praxis überzeugt haben, dass dort Worte und Taten übereinstimmen. So erklärt es sich dann auch, dass einige Male an sich unpolitische Ultras an die Spitze der Kämpfe gerückt sind. Im Kleinen gibt es in Deutschland unter weniger zugespitzten Verhältnissen ähnliche Erfahrungen.
Nur wenn wir den Willen zum revolutionären Kampf aufbringen und das auch den Massen in der Praxis zeigen, werden wir die spontane

Bewegung in die richtigen Bahnen führen können.

Indem der Feind eine strategische Falle aufbaut, versucht er genau am Schwerpunkt anzugreifen. Er will uns im Sinne von Clausewitz eine Hauptschlacht aufzwingen, d.h. einen Kampf der den Ausgang des Feldzuges zu seinen Gunsten entscheidet und damit die ganze Entwicklung des revolutionären Klassenkriegs auf Jahre hinaus blockiert.
Dabei ist der Feind sich sehr sicher, dass er das zur Festung ausgebaute Messegelände ohne ernsthaftes Risiko für die imperialistische Elite an der äußeren Mauer verteidigen kann. Während er gleichzeitig plant im widerspenstigen Stadtteil ein Exempel zu statuieren – überlegene Waffentechnik und Besatzung, von der Leine gelassene Spezialeinheiten und faschistischer Terror sollen uns wie allen kritischen ZeitgenossInnen die Lust auf Protest und Widerstand gründlich austreiben.

Politisch damit verbunden ist für den Feind, dass er sowohl Eskalationsniveau, Ausmaß der Zerstörungen wie auch öffentliche Darstellung eines brennenden Hamburgs vollständig kontrollieren und seinen Plänen entsprechend im Sinne der hybriden Kriegsführung steuern kann.

Die Botschaften, die er über die Medien in die Massen tragen könnte, wären dann u.a.:
- die sinnlose Gewalt eines entfesselten schwarzen Mobs (Hooliganismus) anzuprangern, um so eine vertiefte Spaltung in der PWB zu schaffen und die Revolutionäre zu isolieren
- am augenfälligen Beispiel eines „brennenden Hamburgs“ die Zustimmung der Massen erreichen für eine verschärfte Repression gegen den sogenannten “Linksterrorismus“
- die Einschüchterung der radikaleren Teile der PWB durch krasse Repressionserfahrung
- den Widerstandswillens der revolutionären und kommunistischen Kerne durch die aufgezeigte Ohnmacht zu brechen
- wo das nicht gelingt, die weiter kämpfenden Revolutionäre als Abenteurer zu denunzieren, sie so zu isolieren, um sie anschließend als Linksterroristen zu stigmatisieren und mittels Anti-Terror-Maßnahmen vernichten zu können

Revolutionärer 1. Mai in Hamburg

Einige Gedanken zur konkreten Vorbereitung auf die Kämpfe in Hamburg

Aus diversen Gründen ist diese Zeitschrift nicht der richtige Ort, um konkrete taktische Schlussfolgerungen aus diesen strategischen Vorüberlegungen zu ziehen. Wir formulieren hier sehr allgemein, alles konkrete muss in einem anderen Rahmen besprochen werden.

Wir denken jedoch, dass aus dem erwarteten hervorgeht, dass wir uns über eine Alternative zur üblichen und auch hier zu erwartenden Protestchoreographie Gedanken machen müssen. Also eine Alternative dazu, dass die einen mit Aktionen zivilen Ungehorsams für Aufregung und pressewirksame Bilder sorgen, die anderen (die große Masse) bei einer Großdemo teilnehmen, ein Teil derjenigen, die sich in Hamburg auskennen, versucht Sachschäden zu erzeugen und sich einige mutige

am äußeren Verteidigungsring der Messehallen abarbeiten und dort die Überlegenheit der konzentrierten feindlichen Kräfte ganz konkret zu spüren bekommen.

Was können wir tun, um uns weder zu ergeben noch in die Falle entfesselter Polizeibrutalität zu laufen?

Die Strategie des Feindes berücksichtigen

Insgesamt ist es wichtig, sich nicht einfach der allgemeinen großen Vorfreude im Vorfeld zu G20 anzuschließen. Sicherlich wird es in Hamburg endlich mal wieder „richtig knallen“ und es stimmt auch, dass das den Revolutionären die Möglichkeit gibt, sich zu stärken. Andererseits sollten wir - wie wir es oben versucht haben herauszuarbeiten – immer Kopf behalten, dass der deutsche Imperialismus uns eine solche Gelegenheit bestimmt nicht ohne eigene Pläne auf dem Silbertablett liefert. Uns muss es darum gehen, wie wir diese Pläne durchkreuzen können.

Pünktlich zu G20: Panzerfahrzeuge für die Polizei

Die Wahl des Schlachtfelds

Wenn wir die Kräfte – wie üblich – dort konzentrieren, wo der Feind es erwartet und das Schlachtfeld schon vorbereitet hat (sei es bei Großdemo, Massenblockaden oder dem Abarbeiten an der Festungsmauer) werden wir uns nur hohe Verluste einfangen, ohne materiell irgendetwas erreichen zu können.

Stellen wir uns also im Vorfeld die Frage, welches Gebiet uns Vorteile bringen könnte.

Wo und wie können wir uns auf die Massen stützen?

Die Bevölkerung von St. Pauli oder anderen Vierteln kann ein solcher für uns wichtiger Faktor werden. Bei diversen Einsätzen der letzten Jahren, bei denen die Polizei ihre neusten Methoden zur Massenkontrolle erprobt hat (bsp. Berlin Kreuzberg oder Friedrichshain) war die Stimmung unter den AnwohnerInnen immer ein für sie kritisches Moment, das ihren Handlungsspielraum eingeschränkt hat. Der Wutausbruch am 1. Mai 1987 in Berlin hat ihnen auch in jüngerer Vergangenheit ganz klar vor Augen geführt, was passieren kann, wenn sie bestimmte Grenzen bei der Repression nicht einhalten.

Politischer Gegenschlag

Vor allem aber ist es notwendig, politisch in die Gegenoffensive zu kommen. Nur durch politische Elemente können wir die strategische Ausgangslage und die darauf aufbauende Falle durchkreuzen. Das konkrete Aktionskonzept als militärisches Element muss den politischen Gegenschlag gegen den angestrebten Sprung in der Faschisierung des deutschen Imperialismus unterstützen.

Ein solcher politischer Gegenschlag würde nach unserer Vorstellung bedeuten, dass das vom Feind selbst mindestens zum Teil inszenierte Event G20 zu einer Bühne für unsere revolutionären Positionen wird, dass also die rote Fahne dort sichtbar wird. Dazu gehört auch, dass sich die Revolutionäre nicht nur so aufstellen, dass sie wie bereits bei G7 in die anwesenden internationalen Medien kommen, sondern, dass wir auch die Masse vor Ort erreichen.

Notwendige Aktionseinheit

Um die dafür notwendige Stärke auf der Straße

zu erreichen und sich auch gegen Angriffe des Feindes wenigstens eine Zeit zur Wehr setzen zu können, ist eine Aktionseinheit aller kampfbereiten RevolutionärInnen notwendig. Unsere Vorstellung ist dabei, dass einige gemeinsame klare Prinzipien als Grundlage vollkommen ausreichend sind. Auch größere ideologische Unterschiede zum Beispiel zwischen den internationalen Strömungen des Guevarismus, Maoismus und Marxismus-Leninismus können und müssen in den Hintergrund treten. Nur so können wir uns den notwendigen Spielraum erkämpfen, um als revolutionäre Kraft und Alternative zum auch bei G20 vorherrschenden Reformismus in Erscheinung zu treten.

***

Über die Zerstörung des Sozialismus und die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion

Demonstration revolutionärer Frauen, 1917

Im nächsten Jahr 2017 steht das hundertjährige Jubiläum der Oktoberrevolution bevor. Die Sprachrohre der Kapitalisten werden diese Gelegenheit nutzen, um an das angebliche Scheitern des Kommunismus zu erinnern. Für uns Kommunisten ist es mehr als ein Anlaß diesen Tagen, die die Welt für immer verändert haben, zu gedenken. Die Verarmung der ArbeiterInnen, die imperialistischen Kriege, die auch im 21. Jahrhundert fortgesetzte Unterdrückung der Frau und die Migrationswellen verlangen nach neuen Oktobern. Die Menschen in Deutschland fangen an, den Status quo in Frage zu stellen und nach grundsätzlichen Alternativen zu suchen. Dass viele denken, die „AfD“ könnte diese Alternative sein, ist ein Ausdruck unserer Schwäche als Kommunisten. Wenn im Bundestagswahlkampf 2017 verschiedene bürgerliche Scheinlösungen um die Gunst der Bevölkerung buhlen werden - werden wir dann in der Lage sein ihren „Wahlprogrammen“ das Programm der Revolution als eine Alternative entgegenzustellen? Zu einem guten Teil wird das davon abhängen, ob wir Antworten auf die unvermeidliche Frage finden, „warum der

Sozialismus bei bisherigen Anläufen gescheitert ist?“

Nikita Chruschtschow

Bei einem Versuch, diese Frage zu beantworten wird die Sowjetunion fürs erste im Vordergrund stehen, weil sie den reichsten Schatz an Erfahrungen bietet. Außerdem war die Entwicklung in den Volksdemokratischen Ländern stark von den Klassenkämpfen in der Sowjetunion abhängig. Leider hatten sich in fast all diesen Ländern keine starken gefestigten Kerne von Kommunistischen FührerInnen herausgebildet, die sich den wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in kapitalistische Richtung aus der Sowjetunion kritisch entgegengestellt hätten. Somit liefert uns eine Analyse der sowjetischen Entwicklungen bereits einige Grundlagen für das Verständnis der DDR, auch wenn es natürlich nicht die Aufgabe einer eigenen Analyse erledigt.

In diesem Artikel werden wir uns erstmalig ausführlicher mit dem sowjetischen Revisionismus[1] beschäftigen. Unter „Revisionismus“ verstehen wir den Bruch mit wesentlichen Prinzipien des Marxismus-Leninismus, die nicht eine Weiterentwicklung bedeuten sondern die Verwandlung der sozialistischen Weltanschauung in eine bürgerliche Weltanschauung. Chruschtschow (Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion von 1953 bis 1964), Breschnew (Generalsekretär von 1964 – 1982) und Gorbatschow (Generalsekretär von 1985 - 1991) sind die bekanntesten Vertreter dieser politischen Strömung in verschiedenen geschichtlichen Perioden.

Wir gehen davon aus, dass sich in der sozialistischen Sowjetunion aus den Reihen der Bürokratie des Staates und der Kommunistischen Partei eine neue Ausbeuterklasse entwickelt hat, die sich zunächst hauptsächlich in Form von Privilegien immer größere Teile des gesellschaftlichen Reichtums aneignen konnte. Der 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) im Jahr 1956 markiert den Punkt, an dem die politischen Vertreter dieser neuen Ausbeuterklasse – eben die modernen Revisionisten unter Führung Nikita Chruschtschows - ihre Machtergreifung zementierten und ihre Politik offen in Richtung der Wiederherstellung des Kapitalismus entwickelten. In den folgenden Jahrzehnten machten diese es sich zur Aufgabe, die formellen Überreste des Sozialismus zu beseitigen und dem Kapitalismus zur vollen Entfaltung zu verhelfen. Diese Entwicklung wurde durch die sogenannte Perestroika unter Michael Gorbatschow gekrönt und abgeschlossen.

Wir werden unseren Artikel mit dem Kampf, den die Bolschewiki gegen den Bürokratismus führten, und ihren Erfahrungen und Fehlern in diesen Kampf beginnen. Wir werden dann darstellen, wie die Ausbeutung in der Sowjetunion konkret funktioniert hat und die Politik der revisionistischen Ausbeuterklasse an der Macht erklären. Zuletzt werden wir uns mit der weiteren Entwicklung nach 1956 und scheinbaren und tatsächlichen Unterschieden in

1 Manchmal wird der Begriff *moderner Revisionismus* verwendet, um ihn vom Revisionismus früherer Sozialisten und später sozialdemokratischer Reformisten wie Bernstein und Kautsky abzugrenzen.

den verschiedenen Perioden auseinandersetzen. Besondere Aufmerksamkeit werden wir den häufigsten Argumenten derjenigen widmen, die die Sowjetunion bis in die 80er Jahre als sozialistisch bezeichnen.

Wir müssen einschränkend vorweg schicken, dass es den Rahmen dieses Artikels sprengen würde allseitig das Problem der kapitalistischen Restauration zu analysieren. Wir haben uns bewusst entschieden, den Schwerpunkt des Artikels darauf zu legen verständlich zu machen, wie ein Staat sein sozialistisches Gesicht behalten und gleichzeitig zum Ausbeuter werden konnte. Denn, wer behauptet, in der Sowjetunion sei der Sozialismus zerstört worden und durch Kapitalismus ersetzt worden, der muss beweisen, dass die „neue herrschende Klasse“ tatsächlich zu einer Ausbeuterklasse geworden war. Andere Fragen wie die Klassenkämpfe in der Sowjetunion bis in die 30er Jahre hinein, die ideologischen und politischen Kämpfe in der Partei und auch die Politik der Revisionisten nach der Machtergreifung sind ohnehin von der revolutionären Kommunistischen Weltbewegung bereits deutlich gründlicher erforscht worden.

1. Bürokratismus – Keim der neuen Ausbeuterklasse und der Kampf der Bolschewiki dagegen

Der Kampf gegen den Bürokratismus hat die Sowjetunion seit der Oktoberrevolution beschäftigt. Jeder Staatsapparat schafft sich seinem Klassencharakter entsprechend eine Bürokratie, aber ohne Bürokratie kommt kein Staat aus. Es ist eine natürliche Eigenschaft der Bürokratie, dass sie den Status quo verewigen will, somit steht sie der Fortentwicklung zum Kommunismus im Weg. Aus diesem Grund hatte Lenin noch kurz vor der Revolution in seinem Werk „Staat und Revolution“[2] unter Berufung auf Marx und Engels Auswertung der Pariser Commune nochmal ganz klar gesagt, dass der alte bürgerliche Staatsapparat von der revolutionären Arbeiterklasse nicht einfach übernommen werden kann, sondern dass ein neuer Staatsapparat geschaffen werden müsste.

Das ist insofern geschehen, als dass mit einer in Sowjets organisierten Bevölkerung eine ganz neue Staatsform möglich war, nämlich eine Räterepublik. Die obersten Organe dieser sowjetischen Räterepublik bestimmten die Politik des Landes und bestimmten die politischen Leiter der einzelnen Volkskomissariate. Ein Großteil der ArbeiterInnenklasse hatte zu diesem Zeitpunkt nicht die Kenntnisse, die für Verwaltungsaufgaben im Staat notwendig waren, viele konnten noch nicht einmal lesen und schreiben. Unter diesen Umständen erklärten die Bolschewiki, dass man mit den angestrebten Zielen der Pariser Commune brechen müsste. Konkret wurden die Intellektuellen der alten Gesellschaft mit hohen Gehältern bestochen und so dazu gebracht, in den Dienst der ArbeiterInnenklasse zu treten.[3] Diese Fälle waren keine Ausnahme, sondern in vielen Volkskomissariaten vorherrschend.[4]

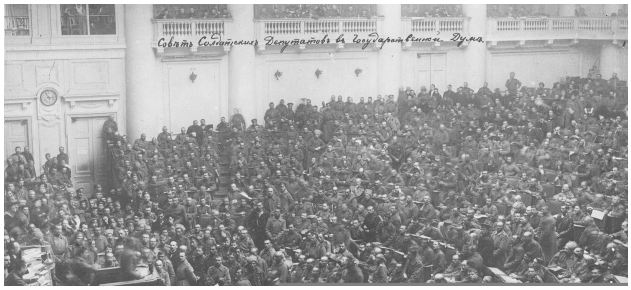
In dieser Phase hieß Kampf gegen die Bürokratie vor allem, dass eine sehr kleine Kommunistische Partei, in der sich die bewusstesten KämpferInnen für die Revolution organisiert hatten, einen um ein Vielfaches größeren Staatsapparat führen und kontrollieren mussten. Insbesondere mussten sie Wege finden, die Bürokraten aus dem alten Staatsapparat, die kulturell und bewusstseinsmäßig den alten Ausbeuterklassen viel näher standen als der ArbeiterInnenklasse, daran zu hindern, die

2 Lenin: Staat und Revolution, LW 25, S. 443 ff.

3 Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, LW 27, S. 238 ff.,

4 Die bürgerliche Historikerin Ursula Nienhaus gibt Quoten zwischen 50-70% von alten in die neuen „Ministerien“ (Volkskomissariate) übernommenen Beamten an. Ursula D. Nienhaus: Revolution und Bürokratie, S. 26f.

Arbeit zu sabotieren. In dieser Phase Anfang der 20er Jahre klagen die KommunistInnen über ihre Schwäche als Partei im Vergleich zum Staatsapparat.



Versammlung des Petrograder Sowjets, 1917

Die Bolschewiki stellten damals die Aufgabe, dass die sowjetische ArbeiterInnenklasse eine eigene Intelligenz entwickeln müsste, um diese Situation zu verändern[5] und lösten diese Aufgabe auch tatsächlich. Es zeigte sich nur, dass sich auch von den jungen Parteimitgliedern, die sich voller Euphorie in den Dienst der Revolution stellen wollten und deswegen zu Kadern ausbildeten, viele zu Bürokraten wurden. Stalin bemerkt das öffentlich immer wieder, zum Beispiel beim VIII. Kongress des Kommunistischen Jugendverbandes im Mai 1928 „*Das Schlimme ist, daß es sich nicht um die alten Bürokraten handelt. Es handelt sich um die neuen Bürokraten, Genossen, die mit der Sowjetmacht sympathisieren, es handelt sich schließlich um Bürokraten aus den Reihen der Kommunisten. Der kommunistische Bürokrat ist der gefährlichste Typ des Bürokraten. Warum? Weil er seinen Bürokratismus mit seiner Parteimitgliedschaft maskiert. Und solche kommunistischen Bürokraten gibt es bei uns leider nicht wenig.*“[6]

Aus der ArbeiterInnenklasse zu stammen oder Mitglied der Kommunistischen Partei zu sein ist somit keinesfalls eine Garantie dagegen, selbst zum Bürokraten zu werden.

Wenn wir Lenins Texte zum Aufbau des Staatsapparat, zur Kontrolle und zum Kampf gegen den Bürokratismus lesen, sehen wir darin, dass Lenin den Bürokratismus für ein gesetzmäßiges Übel eines jeden Staatsapparats und insbesondere der zentralen Stellen hielt.[7] Das Hauptmittel der Bolschewiki im Kampf gegen diese Erscheinungen war die Kontrolle; und zwar eine Kontrolle, die von den Massen ausgeübt wurde.

Zu diesem Zweck wurden verschiedene Organe aufgebaut, wie zum Beispiel die zentrale Parteikontrollkomission (ZPKK) oder die Arbeiter- und Bauerninspektion. In der ZPKK wählten die Parteimitglieder eigene Delegierte und eine eigene Zentrale, so dass die volle politische Unabhängigkeit vom ZK der Partei und auch vom Kongress, der das ZK bestimmte, gewährleistet war. Die Arbeiter- und Bauerninspektion diente dazu, die parteilosen Massen an die Verwaltung und Kontrolle des Staatsapparats heranzuführen.

Diese beiden Organe wurden noch auf Vorschlag Lenins[8] zur Arbeiter- und Bauerninspektion – Zentrale Kontrollkomission vereinigt.

Hierbei ist hervorzuheben, dass diese Kontrollkomission unabhängig von der Führung der Partei war. Sie organisierte sich selbstständig auf allen Ebenen vom ZK bis runter auf die lokalen Ebenenen. JedeR

5 Stalin: Rede auf dem VIII. Kongreß des Kommunistischen Jugendverbandes, SW 11, S. 67

6 Stalin: Rede auf dem VIII. Kongreß des Kommunistischen Jugendverbandes, SW 11, S. 63

7 *„Denn der zentrale Apparat hat sich bei uns während dreieinhalb Jahren bereits so weit herausgebildet, daß er sich schon eine gewisse schädliche Trägheit angeeignet hat; wir können ihn nicht erheblich und rasch verbessern, wir wissen nicht, wie wir das anfangen sollen. […] Im Lande draußen stehen die Dinge im allgemeinen – soweit ich es übersehen kann – besser als im Zentrum, und das ist auch begreiflich, denn das Übel des Bürokratismus konzentriert sich naturgemäß im Zentrum; Moskau ist diesbezüglich zwangsläufig die schlimmste Stadt und überhaupt der schlimmste „Ort“ in der Republik“* (LW 32, S. 369)

8 Lenin: Wie wir die Arbeiter -und Bauerninspektion reorganisieren sollten, LW 33, S. 468-477

SowjetbürgerIn hatte das Recht, sich bei den zuständigen Gremien, dieser Kontrollinstanz, die das ganze Land durchzog, zu beschweren.
Stalin fasst den Kampf der Partei gegen den Bürokratismus auf vier Linien zusammen: „*auf der Linie der Entfaltung der Selbstkritik, auf der Linie der Organisierung der Kontrolle der Durchführung, auf der Linie der Säuberung des Apparats und schließlich auf der Linie der Beförderung treuer Kräfte von unten, aus der Mitte der Arbeiterklasse, in den Apparat.*“[9]
Es stellt sich nun die Frage, auf welche Probleme die Bolschewiki beim Führen dieses Kampfes gestoßen sind und welche Fehler ihnen unterlaufen sind.

2. Fehler und Mängel im Kampf gegen den Bürokratismus

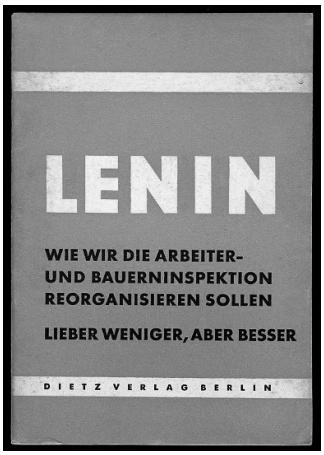
Die oben genannten hohen Löhne zur Bestechung der bürgerlichen Experten zogen es nach sich, dass von Anfang an sehr große Lohnunterschiede in der Sowjetunion bestanden. Diese Lohnunterschiede wurden jedoch auch beibehalten, als die führenden Kader des Staates keine bürgerlichen Experten mehr waren, sondern Angehörige der neu ausgebildeten Intelligenz aus den Reihen der ArbeiterInnenklasse. Was als vorübergehender Kompromiss gedacht war, wurde zum Prinzip verewigt. Am krassesten kommt das vielleicht in der Abschaffung des Parteimaximums 1934[10] zum Ausdruck: Also der Pflicht für Kommunisten den Teil ihres Gehalts, der eine gewisse Grenze überschreitet, abzugeben. Denn dabei geht es ganz offensichtlich nicht um „bürgerliche Experten“. So entstanden im Staatsapparat in leitenden Positionen warme Nischen, in denen sich Karrieristen einnisten und ein luxuriöses Leben auf Kosten des Staates führen konnten. Das ist also die ökonomischen Grundlage für das Aufblühen der „roten Bürokraten“.
Umso schwerwiegender, dass die Bolschewiki zwar erkannt haben, dass der Bürokratismus in ihren eigenen Reihen wieder auflebt, aber nicht so weit gegangen sind, anzuerkennen, dass der Kampf gegen den Bürokratismus eine Form war, in der der Klassenkampf in der Sowjetunion fortgeführt wurde und folglich wieder Klasseninteressen aufeinander prallten. Stattdessen wurde 1934 auf dem 17. Kongress festgestellt, dass es in der Sowjetunion nur noch befreundete Klassen gäbe und dass es keine inneren Restaurationsquellen für den Kapitalismus mehr in der Sowjetunion gäbe.
Im der neuen Verfassung der Sowjetunion aus dem Jahre 1936[11] wurde dementsprechend endgültige Liquidierung aller Ausbeuterklassen festgestellt eine Restauration des Sozialismus von Innen wurde nicht mehr als Möglichkeit begriffen. Folgerichtig wurden Konterrevolutionäre nur noch als gewöhnliche Kriminelle behandelt, statt ihre gesellschaftlichen Wurzeln aufzudecken und den ideologischen Kampf gegen sie weiter fortzuführen. Dies hat sich im Nachhinein als eine verhängnisvolle Fehleinschätzung erwiesen.
Sie zog es auch nach sich, dass die Zentrale Kontrollkomission in ihrer bisherigen unabhängigen Form aufgelöst und der Zentrale der Partei wieder untergeordnet wurde. Den Massen wurde damit eines der wichtigsten Mittel zur Teilnahme am Klassenkampf genommen.
Auch die Sowjets büßten massiv an Aktivität ein. Das äußerte sich schon darin, dass die Sowjets ab Ende der 20er Jahre nicht mehr regelmäßig genug zusammen traten, um ihre eigentliche Bestimmung zu erfüllen. Während die Sowjets zu Beginn der Revolution vor

9 Stalin: Politischer Rechenschaftsbericht an den XVI. Parteitag, SW 12, S. 288

10 http://trotzalledem.bplaced.net/zeitungen/71/poe.html

11 http://red-channel.de/mlliteratur/sowjetunion/verfassung.htm#3

revolutionärer Energie überschäumten, nahm ihre Aktivität immer weiter ab. Ende der 20er Jahre verloren die Sowjets auch das Recht, lokale Richter und Staatsanwälte einzusetzen. Die Abschwächung der Aktivität der Sowjets wurde zu keinem Zeitpunkt von der Kommunistischen Partei verkündet, gefordert oder theoretisiert – und dennoch gelang es in der Praxis nicht, sie lebendig zu halten.



Lenins letzte Schriften gegen den Bürokratismus

Das Ziel der Kommunisten muss aber in Zukunft genau das sein: Die Initiative der Massen zu fördern und auch nach der Revolution aufrecht zu erhalten.

Wenn wir nach den Gründen für das Heranwachsen einer neuen Ausbeuterklasse fragen, dann müssen wir berücksichtigen, dass andere objektive Faktoren neben der gerade aufgezählten Fehler diese Entwicklung stark gefördert haben. Als erstes ist hierbei zu nennen, dass die sowjetische ArbeiterInnenklasse die erste in der Geschichte war, die vor der Aufgabe stand, den Sozialismus aufzubauen. Es gab für sie keine Erfahrungen, auf die sie sich stützen konnte und keine Fehler, die schon von anderen vor ihr gemacht worden wären.

Außerdem erlebte die Sowjetunion kaum eine längere Periode des friedlichen Aufbaus, sondern wurde praktisch ständig von Kriegen oder Kriegsgefahr erschüttert.

Im 2. Weltkrieg erlebte die Partei erneut und in einem intensiveren Maße, was sie bereits bei der Verteidigung der Revolution gegen die Weißgardisten und ausländischen Interventionstruppen erlebt hatte: Es waren die aufopferungsvollsten und wertvollsten GenossInnen, die an die Front gingen und für die Verteidigung der Revolution ihr Leben ließen. In den ersten Wochen des 2. Weltkrieges sind zwei Millionen KommunistInnen gefallen, zum Teil auch solche, die bereits verantwortliche Aufgaben in der Sowjetunion inne hatten. Wer trat an ihre Stelle? Diejenigen, die sich mit Vorwänden vor dem Krieg gedrückt hatten oder unerfahren waren.

Trotz des Krieges wuchs die Partei weiter an: Vom 18. Parteitag 1938 bis zum 19. Parteitag 1951 von ca. drei Millionen auf sechs Millionen Mitglieder. Stalin als Generalsekretär bemerkte selbst immer wieder, dass das ideologische Niveau der Masse der Mitglieder noch sehr niedrig sei.[12]

Zwischen dem Tod Stalins 1953 und dem 20. Parteitag 1956 schließlich bereiteten die revisionistischen Bürokraten, deren Führungsfigur Nikita Chruschtchow war, sich darauf vor die Macht zu ergreifen. Auf diesen Prozess können wir hier aus Platzgründen nicht im Detail eingehen, Nils Holmberg bietet in seinem Werk „Friedliche Konterrevolution“ jedoch eine recht detaillierte Darstellung.[13] Hier sei nur soviel gesagt, dass obwohl die Kommunistische Partei offensichtlich in keinem guten Zustand mehr war es durchaus Widerstand gegen den revisionistischen Kurs gab und die Revisionisten gezwungen waren, diesen mit Intrigen und Säuberungen der Partei zu paralysieren.

Einige der aufgezeigten Fehler der Kommunisten – wie die Abschaffung des Parteimaximums - zeigen, dass schon lange vor

12 Beispielsweise im Rechenschaftsbericht an den 17. Parteitag, SW 13

13 Nils Holmberg, Friedliche Konterrevolution. 1974 Oberbaumverlag Berlin

dem 20. Parteitag 1956 die privilegierte Bürokratenschicht innerhalb des sowjetischen Staatsapparats und in der Partei einen beachtlichen Einfluss gewonnen hatten. Erst mit 1956 jedoch wurde aus dieser Schicht eine herrschende Klasse. Sehen wir uns nun an, was die Auswirkungen dieses Wendepunkts in der sowjetischen Geschichte waren.

3. Das politische Programm des Revisionismus

Für einen Großteil der Kommunistischen Weltbewegung trat die Machtergreifung der Revisionisten zunächst als ein Paradigmenwechsel auf politischer und ideologischer Ebene in Erscheinung. Der 20. Parteitag der KPdSU war zunächst vor allem auf diesem Gebiet berüchtigt. Dass die neuen Herrschenden in Moskau dabei wichtige Grundsätze des Marxismus-Leninismus über Bord warfen wurde auch bereits recht früh aufgedeckt. Wichtige Dokumente um das nachzuvollziehen sind z.B. die Rede, die Enver Hoxha im Namen der Partei der Arbeit Albaniens 1960 auf der Beratung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau hielt oder der als „große Polemik“ bekannte „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung 1963/64“, der vom ZK der Kommunistischen Partei Chinas verabschiedet wurde.
Wir fassen hier die wichtigsten Punkte zusammen, in denen die Revisionisten den Marxismus-Leninismus verfälschten:

- Auf dem 20. Parteitag wurde von Chruschtschow verkündet, dass die friedliche Koexistenz mit dem Kapitalismus das Grundprinzip der sowjetischen Außenpolitik sei. Dies wurde an die Stelle des proletarischen Internationalismus und der Unterstützung der revolutionären Bewegung auf der ganzen Welt gesetzt[14]
- Chruschtschow behauptete außerdem, dass sich das Gesetz der Unvermeidlichkeit von imperialistischen Kriegen verändert habe und diese nun nicht mehr unvermeidlich seien; damit versuchte er sich mit dem westlichen Imperialismus auszusöhnen[15]
- Die Revisionisten behaupteten ebenfalls, dass es Alternativen dazu gäbe durch eine bewaffnete Revolution vom Kapitalismus zum Sozialismus zu gelangen[16]
- Auf dem außerordentlichen 21. Parteitag im Jahr 1959 wurde verkündet, dass man sich auf dem Weg befinde, den Kommunismus aufzubauen[17], obwohl die sowjetische Realität noch weit davon entfernt war alle kapitalistischen Muttermale abzulegen
- Auf dem folgenden 22. Parteitag wurde behauptet, die Diktatur des Proletariats sei überlebt, da die Klassenwidersprüche verschwunden seien und an seine Stelle trete nun der Staat des ganzen Volkes[18]
- Auf dem gleichen Parteitag wurde nun auch verkündet, dass die Kommunistische Partei sich von der Partei der Arbeiterklasse zur Partei des ganzen Volkes entwickelt hatte

Wenn wir diese Punkte im Zusammenhang betrachten und auswerten, können wir sehen, dass sie vor allem in zwei Richtungen zielen:

14 Nils Holmberg: Friedliche Konterrevolution Teil 1, S. 77f. 1974 Oberbaumverlag Berlin
15 Nils Holmberg: Friedliche Konterrevolution Teil 1, S. 88
16 Nils Holmberg: Friedliche Konterrevolution Teil 1, S. 90
17 Nils Holmberg: Friedliche Konterrevolution Teil 2, S. 35 f., 1974 Oberbaumverlag Berlin
18 Nils Holmberg: Friedliche Konterrevolution Teil 2, S. 41

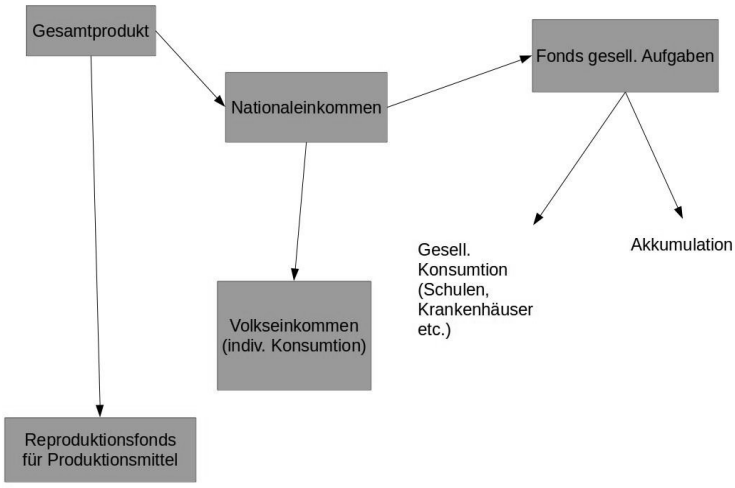
Einerseits erklären die Revisionisten ihren Triumph über die Revolutionäre in KPdSU und dass sie dementsprechend auch nicht mehr den Kampf gegen den Imperialismus mit alter Unversöhnlichkeit fortführen müssen. Sie machten aus dem Sozialismus, dem Todfeind des Kapitalismus, einen bürokratischen Staatskapitalismus, der eben nur ein Konkurrent im Wettkampf um die Beherrschung der Welt wurde. Genauso wie es heute Deutschland, die USA, China und Russland sind.

Zum anderen verkünden die Revisionisten gerade in dem Moment, in dem sie die Macht ergriffen haben, dass die Klassenunterschiede in der Sowjetunion verschwunden seien. Natürlich war das Gegenteil der Fall und die Klassenunterschiede weiteten sich in den folgenden Jahren massiv aus. Aber der Sinn dieser Entstellung des Marxismus-Leninismus lag darin, die Massen weiter einzuschläfern, sie zu beruhigen und ihre Wachsamkeit gegen die bürgerliche Ideologie zu zerstören.

Als Marxisten-Leninisten gehen wir davon aus, dass die ökonomische Basis einer Gesellschaft ausschlaggebend für den politischen Überbau ist. Wenn wir also feststellen, dass ihre politische Ausrichtung sich von einer revolutionären Linie in eine bürgerliche Linie verwandelt hat, stellt sich die Frage, wie eine neue Ausbeuterklasse entstehen konnte, die als gesellschaftliche Grundlage dieser Linie fungierte.

4. Revisionistische Ökonomie – Der Prozess der Mehrwertaneignung

Beginnen wir mit der Funktionsweise der Wirtschaft in der sozialistischen Sowjetunion. Schon Marx hat in seiner Kritik am Gothaer Programm aufgezeigt, dass es Unsinn ist davon zu reden, dass im Sozialismus die ArbeiterInnen endlich das ganze Produkt ihrer Arbeit bekommen würden. Stattdessen werden die ArbeiterInnen nur einen Teil der von ihnen geschaffenen Reichtümer selbst und individuell verbrauchen. Ein anderer Teil wird immer notwendig sein, um die Produktion überhaupt auf dem bisherigen Niveau fortzuführen, also für Rohstoffe, Reperaturen, Notfallfonds und so weiter, ein weiterer Teil wird für die Erweiterung und Modernisierung der Produktion gebraucht. Zuletzt verbraucht die ArbeiterInnenklasse einen großen Teil ihrer Reichtümer gemeinsam, zum Beispiel in Form von allen zugänglichen Bildungs- und Gesundheitssystemen, Kindererziehung, Versicherung für Menschen, die nicht in der Lage sind zu arbeiten (Alter, Krankheit etc.) Die folgende Grafik kann helfen, das zu verdeutlichen. Unter Akkumulation ist dabei der Teil des gesellschaftlichen Produkts zu verstehen, der für den Ausbau der Produktion verwendet wird.



Sozialistische Produktionsverhältnisse

Zwar konsumiert die Arbeiterklasse nicht individuell den ganzen Reichtum, den sie schafft, solange aber der Staat einen wirklich sozialistischen Charakter hat, wird das ganze gesellschaftliche Produkt zur Befriedigung der

Bedürfnisse der ArbeiterInnenklasse aufgewendet (wozu auch Produktionsmittel zur Vergrößerung der Produktion zählen).

Es hat Mängel und Probleme darin gegeben, wie zum Beispiel volkswirtschaftlich unnötige Privilegien für diejenigen, die zentrale und leitende Positionen im gesellschaftlichen Leben der Sowjetunion inne hatten, aber dennoch hat die sozialistische Wirtschaft in der Sowjetunion im Grundsatz so funktioniert.

Sobald die Revisionisten als politische Vertreter einer neuen Kapitalistenklasse an die Macht gekommen waren, begannen sie die sozialistische Produktionsweise zu zerstören und eine besondere Form des Kapitalismus an ihre Stelle zu setzen. Wie auch Fatos Nano, Mitglied der Patei der Arbeit Albaniens, schreibt:

„*Die neue revisionistische Bourgeoisie arbeitete intensiv an der Reorganisierung der sowjetischen Ökonomie auf kapitalistischer Basis, indem sie einen* ***besonderen*** *Mechanismus der Gewinnung und Aneignung des Mehrwerts, der kapitalistischen Ausplünderung und Ausbeutung der sowjetischen Werktätigen einrichtete und in Bewegung setzte.*“[19] (Herv. von uns)

Was können wir uns unter einem besonderen Mechanismus der Mehrwertaneignung vorstellen? Wie hat sich dieser entwickelt?

Gehen wir zunächst einen Schritt zurück und rufen uns in Erinnerung wie die Mehrwertaneignung im klassischen Kapitalismus abläuft. Der Industriekapitalist eignet sich als erster den Mehrwert an, den die ArbeiterInnen in der Produktion geschaffen haben. Diesen Mehrwert nutzt er für unterschiedliche Zwecke: Ein Teil wird von ihm privat konsumiert (meistens diverse Luxusgüter). Wichtig ist aber, dass er einen anderen Teil seinem bisherigen Kapital hinzufügt, so dass sein Kapital insgesamt größer wird (in der Praxis sind das zum Beispiel neue Maschinen, Neueinstellungen, neue Fabrikgebäude usw.). Der Industriekapitalist behält allerdings nicht allen Mehrwert, den er aus der Produktion gewonnen hat selbst, sondern muss einen Teil an andere Kapitalisten abtreten, zum Beispiel an die Handelskapitalisten, die seine Waren verkaufen oder an die Bankkapitalisten, die ihm Kredite gewährt hatten. Jetzt stellt sich nur die Frage: Wie konnten die oben skizzierten sozialistischen Produktionsverhältnisse in eine neue Form der Mehrwertaneignung umgewandelt werden?

Die albanischen Genossen sind sich in ihrer Analyse der revisionistischen Ausbeuterklasse mit der damaligen KP Chinas und vielen anderen GenossInnen einig, dass in der Sowjetunion unpersönliches, staatliches bzw. kollektives kapitalistisches Eigentum vorherrschend war: *„In der Sowjetunion haben die neuen Kapitalisten, Technokraten und Bürokraten der herrschenden Kreise kein Recht zur individuellen Vermehrung von Eigentum und Kapital, das allein dem imperialistischen Staat gehört.*“[20]

Dieser Punkt ist sehr wichtig, denn in der Auseinandersetzung mit den heutigen Verteidigern des Revisionismus wird uns oft die Argumentation begegnen, dass Staatseigentum sozialistisch sei, „Privatisierung“ aber kapitalistisch. So lässt sich leicht begründen, warum man die Sowjetunion bis in die 80er Jahre hinein als sozialistisch verteidigen muss, war doch bis dahin Staatseigentum vorherrschend. Diese Argumentation bleibt an der Form kleben, schafft es aber nicht sich damit auseinanderzusetzen, wie sich die Produktionsverhältnisse damals inhaltlich veränderten.

Richtig ist, dass mit der Machtergreifung der revisionistischen Bourgeoisie ein Widerspruch

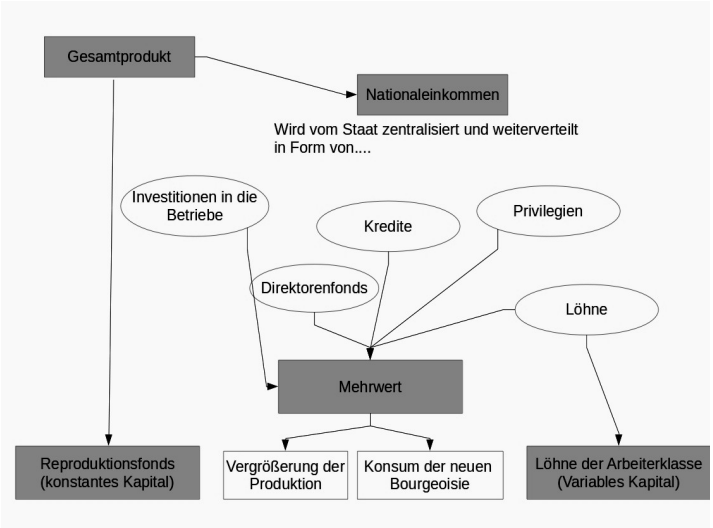
19 Fatos Nano: Über den Mechanismus der Gewinnung und Aneignung des Mehrwerts in der sowjetischen Gesellschaft in Der Weg der Partei Nr.1/1988, S. 2

20 Fatos Nano: Über den Mechanismus der Gewinnung und Aneignung des Mehrwerts in der sowjetischen Gesellschaft in Der Weg der Partei Nr.1/1988, S. 5

zwischen Form und Inhalt entsteht. Während die Produktionsverhältnisse formell betrachtet noch lange eine Ähnlichkeit zu den vorherigen sozialistischen Produktionsverhältnissen behielten (Staatseigentum, Planvorgaben), war der Inhalt schon staatskapitalistisch geworden (eine neue Kapitalistenklasse, die die ArbeiterInnen ausbeutete und sich den Mehrwert aneignete, Ausrichtung der Produktion auf den Profit).

Die neue Ausbeuterklasse in der Sowjetunion war nicht homogen: Sie setzte sich zusammen aus betrieblichen Direktoren, Leitern von landwirtschaftlichen Genossenschaftsbetrieben und Bürokraten aus dem Staats- und Parteiapparat. **Der sowjetische Staatsapparat** eignete sich den geschaffenen Mehrwert an und verteilten ihn durch ein kompliziertes System von Löhnen, Steuern, Zinsen, Abgaben, Privilegien und Prämien. Mit diesem System wurde ein Teil für den luxuriösen Lebensstil der neuen herrschenden Klassen aufgewendet, ein anderer Teil so wie es den Kapitalisten den höchsten Gewinn versprach wieder für die Produktion verwendet.

Auch hier können wir eine Skizze zur Hilfe nehmen:



Revisionistisch-kapitalistische Produktionsverhältnisse

Machen wir uns die Unterschiede zum klassischen Privatkapitalismus nochmal bewusst. Die Kapitalisten eignen sich hier nicht einen bestimmten Mehrwert an, den sie selbst in den Teil für den eigenen Konsum und den Teil für die Vermehrung ihres Kapitals unterteilen, sondern der Staat agiert als Gesamtkapitalist, er eignet sich den Mehrwert an und er verteilt den Mehrwert unter die verschiedenen Angehörigen der neuen Kapitalistenklasse.

Dabei wird der Mehrwert oft über mehrere Methoden verteilt, die der Form nach sozialistisch wirken.

Sehen wir uns zuerst an, wie die Angehörigen der neuen Bourgeoisie den Teil des Mehrwerts erhielten, der für ihren immer luxuriösren Lebensstil vorgesehen war:

Wie die obige Skizze zeigt, wird ein Teil des Mehrwerts über Löhne von der neuen Ausbeueterklasse angeeignet. In dem schon zitierten Text von Fatos Nano wird aufgezeigt, dass die Lohnunterschiede zu diesem Zweck massiv ausgebaut wurden: So werden für das Jahr 1973 folgende Verhältnisse angegeben (Der Lohn eines gewöhnlichen Arbeiters wird hier als 100% angegeben):[21]

Gewöhnlicher Arbeiter	100%
Durchschnittsarbeiter	150%
Brigadeleiter	240%
Abteilungsleiter	Über 320%
Chefingenieur	Bis zu 720%
Direktor	Bis zu 1080%

21 Fatos Nano: Über den Mechanismus der Gewinnung und Aneignung des Mehrwerts in der sowjetischen Gesellschaft in Der Weg der Partei Nr.1/1988, S. 12

Diese Lohnunterschiede wurden später durch Prämien verschärft, die prozentual auf die festgesetzten Löhne draufgeschlagen wurden, wenn bestimmte Gewinnvorgaben in den Betrieben erfüllt wurden; sprich: Die neue Bourgeoisie profitierte auch am meisten von diesen Prämien.

Dazu kommen andere Mechanismen:

Im Sozialismus werden die Kosten für im Staatsapparat tätige Menschen ohne eigene produktive Arbeit auch aus dem Fonds für gesellschaftliche Aufgaben beglichen. Einmal an die Macht gekommen nutzte die neue Bourgeoisie diesen Mechanismus, um sich Zugang zu massiven Privilegien zu schaffen. Wichtig ist, dass der Luxus eigener Haushälter, Köche und Chauffeure in keiner sowjetischen Einkommensstatistik auftauchen.

Zwar wurden diese Privilegien ab den 50er Jahren massiv ausgebaut, sie bildeten sich aber bereits in den 30er Jahren in der Sowjetunion heraus, und wurden unter anderem von Stalin scharf kritisiert.

Neben Gehältern und den allgemein verbreiteten Privilegien der staatlichen Bürokratie wurde der sogenannte Direktorenfonds zu einer wichtigen Bereicherungsquelle für die neue Kapitalistenklasse. Der Direktorenfonds war ursprünglich eingeführt worden, um die Betriebe, die effizient und sparsam arbeiteten, zu belohnen. Der Direktor verfügte über diesen Fonds, der sich füllte, wenn bestimmte vorgegebene Planziele übertroffen wurden. Er bekam die Möglichkeit, Prämien an einzelne Beschäftigte im Betrieb zu vergeben aber auch Einrichtungen für alle ArbeiterInnen des Betriebes zu finanzieren (z.B. Erholungsstätten, Freizeiteinrichtungen usw.). Wichtig ist, dass diese Direktorenfonds in Zeit des herrschenden Revisionismus an den Gewinn der einzelnen Betriebe gekoppelt waren: Je mehr Gewinn ein Betrieb machte, über desto mehr gesellschaftlichen Reichtum verfügte somit der einzelne Betriebsleiter.

Die Revisionisten behaupteten, das sei notwendig, um „materielle Anreize“ für eine Steigerung der Produktivität zu setzen.

Soviel zur Aneignung des Mehrwerts, der für die Konsumtion der neuen Bourgeoisie, verwendet wurde. Jetzt kommen wir zu dem Teil, der für die Kapitalakkumulation verwendet wurde, der also genutzt wurde, um die Produktion zu erweitern. Der Ausgangspunkt der sozialistischen Produktionsverhältnisse in diesem Bereich sah so aus, dass die Betriebe hauptsächlich zu Kontrollzwecken und um die Produktivität zu steigern eine Art Gewinnstatistik führten. Sie gaben auch die von ihnen hergestellten Produkte an den sozialistischen Staat im Austausch gegen eine bestimmte Geldsumme, die ihnen gutgeschrieben wurde ab. Diese Gewinne wurden aber dann an den sozialistischen Staat abgeführt und neu verteilt, entsprechend der Planvorgaben.

Einmal an die Macht gekommen, begannen die Revisionisten ab etwa 1956 eine Kampagne für die angebliche „Entbürokratisierung“ der Wirtschaft zu führen. Konkret hieß das:

- Der „Gewinn“ wurde nach und nach zur hauptsächlichen Planvorgabe der einzelnen sozialistischen Betriebe gemacht. Planvorgaben wie eine bestimmte Menge von Produkten, wurden dagegen gestrichen und für unnötig erklärt[22]
- Auch die Planvorgabe, die eine Mindestanzahl von Arbeitern festsetzte,

22 Willi Dickhut: Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, S. 102 ff. Verlag Neuer Weg Stuttgart 1974

wurde gestrichen und somit wurden Entlassungen durch die einzelnen Betriebe möglich[23]

- Ein immer größerer Teil der Gewinne verblieb in den Betrieben und wurde nicht mehr an den Staat abgeführt[24]
- die Produktionsmittel wurden schrittweise wieder in Waren verwandelt, dieser Prozess begann damit, dass die landwirtschaftlichen Maschinen aus den Maschinen- und Traktorenstation, die bisher den Kolchosen nur zur Nutzung überlassen worden waren, nun zu ihrem Eigentum wurden und von ihnen gekauft werden konnten
- in den folgenden Jahren wurden auch die Produktionsmittel der staatlichen Unternehmen immer mehr de facto zum Privateigentum dieser Unternehmen gemacht. In den 70er Jahren war es bereits Gang und Gebe, dass die Unternehmen sich Produktionsmittel direkt von anderen Unternehmen kauften, ohne mit dem Staat selbst in Kontakt zu treten[25]

Ein wichtiger Grundsatz sozialistischer Wirtschaftspolitik war die Konzentration auf die Entwicklung der Schwerindustrie, d.h. dass der größte Teil der im Sozialismus geschaffenen Produkte wiederum zur Weiterentwicklung der Produktion (Erweiterung und Modernisierung). Ökonomisch ist es nur so möglich, die Produktion ständig auf ein noch höheres Niveau zu heben, alles andere führt zur Stagnation der Produktifkräfte oder zu ihrem Verfall. Diese Orientierung wurde unter den Revisionisten aufgegeben und das Kapital floss zunehmend in die „rentablere“ Leichtindustrie, die den einzelnen Betriebsdirektoren auch mehr Möglichkeiten, sich zu bereichern bot.

Wir können also sehen, dass die neue bürokratische Bourgeoisie sobald sie die Macht ergriffen hatte, die sozialistischen Produktionsverhältnisse Schritt für Schritt so verändert hat, dass sich die Mitglieder dieser neuen Klasse persönlich mehr bereichern konnte; gleichzeitig aber der Anschein aufrecht erhalten werden konnte, es handele sich um Sozialismus. Es war ihnen unmöglich gleich ganz offen zu erklären, dass sie den Sozialismus beseitigen wollte, weil die ArbeiterInnenklasse dafür viel zu eng mit dem Sozialismus verbunden war und gerade 30 Jahre lang erlebt hatte, wie sehr sich ihr Leben in der sozialistische Sowjetunion gegenüber dem kapitalistischen russischen Zarismus verbessert hatte.

Die letzten Überbleibsel des Sozialismus zu beseitigen wurde somit erst möglich, nachdem die Revisionisten die Sowjetunion weitere knapp 40 Jahre heruntergewirtschaftet hatten.

23 Willi Dickhut: Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, S. 105. Verlag Neuer Weg Stuttgart 1974

24 Willi Dickhut: Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, S. 91-92. Verlag Neuer Weg Stuttgart 1974

25 Bill Bland: Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, http://www.oneparty.co.uk/html/book/ussrchap6.html

5. Die Entwicklung von Chruschtschow bis zur Perestroika

Leonid Breschnew

In der Diskussion um die Entwicklung der Sowjetunion begegnen uns immer wieder Positionen wie zum Beispiel „Gorbatschow war ein großes Schwein“ oder „Chruschtschow war ein Verräter, aber Breschnew war ein guter Genosse“. Bezüglich der DDR gibt es manchmal eine Variation, dieser Behauptung, die Walter Ulbricht zum großen Verräter macht, aber Erich Honecker als aufrechten Kommunisten einschätzt. Was steckt hinter diesen Einschätzungen und was ist davon zu halten?

Knapp gesagt liegen all diesen Einschätzungen bestimmte Schwankungen in der Politik der revisionistischen Führer nach ihrer Machtergreifung zugrunde.

Wie schon oben gesagt, hat die Aushöhlung des Sozialismus und Errichtung eines bürokratisch-kapitalistischen Regimes bei gleichzeitiger Beibehaltung sozialistischer Formen einen Widerspruch zwischen Form und Inhalt erzeugt, der die ganze weitere Geschichte der Sowjetunion bestimmt hat, dieser Widerspruch wurde erst aufgehoben, als die Perestroika Form und Inhalt letzendlich in Übereinstimmung zueinander brachte und die Sowjetunion aufgelöst wurde.

In den Jahren bis dahin waren die Schwankungen im wirtschaftspolitischen Kurs der sowjetischen Führung vor allem Versuche, die Probleme die sich aus diesem besonderen Wirtschaftsmodell ergeben haben, unter Kontrolle zu bringen.

Unter Breschnew, der als Generalsekretär der KPdSU auf Chruschtchow folgte, wurden bestimmte Maßnahmen der Dezentralisierung wieder zurückgenommen, die ein massives wirtschaftliches Chaos nach sich zogen. Beispielsweise wurden die zuvor unter Chruschtchow abgeschafften zentralen Industrieministerien wieder eingeführt.[26] Am sonstigen Kurs auf Wiederherstellung des Kapitalismus änderte sich aber sonst herzlich wenig, dieser Kurs wurde sogar fortgesetzt. In der Periode Breschnew wurde vieles, was zuvor schon in der Praxis eingeführt worden war, zur Theorie erhoben und konsequent zu Ende gedacht. Zum Beispiel setzte sich in dieser Phase durch, dass der Gewinn zum hauptsächlichen Ziel bei der Planerfüllung der einzelnen Betriebe wurde.

Es spricht viel dafür, dass Breschnew lediglich, wie es schon einige andere GenossInnen vermutet haben[27], ein Vertreter der Teile der neuen Bourgeoisie war, die eher in den zentralen Positionen des Staatsapparats saßen, während Chruschtschow eng mit den Betriebsdirektoren und Kolchosleitern verbunden war.

Die Perestroika stellte da schon einen entscheidenderen Einschnitt dar. Im Angesicht

26 Willi Dickhut: Die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion, S. 104 ff.

27 Z. B. Fatos Nano: Über den Mechanismus der Gewinnung und Aneignung des Mehrwerts in der sowjetischen Gesellschaf , S. 6

von stagnierendem Wirtschaftswachstum und immer wieder auftauchenden Engpässen in der Versorgung mit bestimmten Waren sah sich die sowjetische Führung gezwungen, den Widerspruch zwischen kapitalistischem Inhalt und sozialistischer Form endgültig aufzuheben. Die Perestroika ist also vor allem das konsequente zu Ende führen, der 1956 von der neuen Bourgeoisie begonnenen Prozesses der kapitalistischen Restauration.

In der Zeit der Perestroika wurde endgültig die Eigenverantwortung der einzelnen Betriebe in den Vordergrund gestellt, sie wurden zu „finanziell eigenständigen Betrieben“ erklärt, denen nunmehr kein Kapital mehr aus dem Staatshaushalt zugewiesen wurde. Dementsprechend waren sie auch für ihre Verluste selbst zuständig. Auch die andere Überbleibsel der Planwirtschaft wurden in der Phase der Perestroika beseitigt, zum Beispiel mussten Betriebe nunmehr selbst ihre Produkte vertreiben und es konnte ihnen nicht mehr egal sein, ob Millionen ihrer Ware in Lagerhäusern verstaubten. Auch die letzten planwirtschaftlichen Preise wurden beseitigt, beispielsweise wurden in der Endphase der Sowjetunion bestimmte Produkte kaum noch hergestellt, weil ihre Preise als Element des angeblichen „Sozialismus“ staatlicherseits begrenzt waren, z.B. Babynahrung. Diese Produkte versprachen der neuen Bourgeoisie somit keinen Profit. Die in den westlichen Medien als „Oligarchen“ bezeichneten Monopolkapitalisten, die die Staaten der ehemaligen Sowjetunion heute beherrschen haben sich in dieser Phase bedient, als aus dem staatlichen Eigentum wieder Privateigentum wurde.[28]

Wir sehen, dass die Perestroika Hemmnisse für die freie Entfaltung der kapitalistischen Wirtschaft beseitigt hat und der verschärften Konkurrenz zwischen den einzelnen Betrieben den Weg geebnet hat. Das wiederum war nur eine notwendige Konsequenz des Weges, den die Revisionisten schon in den 50er Jahren eingeschlagen hatten. Wenn wir also dabei stehen bleiben Gorbatschow und Konsorten für die Beseitigung der letzten ohnehin nur noch formalen Überreste des Sozialismus zu beschimpfen, machen wir einen ernsthaften politischen Fehler und laufen Gefahr beim nächsten Versuch den Sozialismus aufzubauen, uns ebenso wie ein Großteil der Kommunistischen Weltbewegung und der sowjetischen ArbeiterInnenklasse betrügen zu lassen.

6. Ein Auftakt für eine intensive Auseinandersetzung mit dem Sozialismus

In diesem Artikel konnten wir nicht viel mehr leisten als eine Zusammenfassung der bisher erarbeiteten Positionen der Marxisten-Leninisten zur Zerstörung des Sozialismus in der Sowjetunion. Aber selbst innerhalb dieser Zusammenfassung konnten wir nicht allen Aspekten, das ihnen gebührende Gewicht geben, sondern haben uns bewusst auf die ökonomische Seite der Herausbildung einer neuen Ausbeuterklasse konzentriert. Viele wichtige Fragen konnten nicht oder nur sehr oberflächlich behandelt werden wie zum Beispiel der Kampf gegen die Unterdrückung der Frau, die innerparteilichen Auseinandersetzungen in den 20er und 30er Jahren (Trotzkismus und Bucharinismus) oder die sowjetische Außenpolitik vor und nach der Machtergreifung der Revisionisten. Unser Artikel ist somit auch für uns nur ein Auftakt für eine intensivere Beschäftigung mit der sozialistischen Geschichte, die wir in den

28 Perestroika – Sowjetunion auf dem weg zu westlichen Formen des Kapitalismus in Der Weg der Partei Nr. 1/ 1988

nächsten Jahren leisten müssen.
Gerade deswegen wollen wir zum Abschluss stichpunktartig einige Erkenntnisse, die wir schon jetzt aus unserer Diskussion ziehen können, festhalten:

- Der Klassenkampf setzt sich im Sozialismus nach der Revolution fort und auch nachdem die alten Ausbeuterklassen zerschlagen und geflohen sind. Er lebt im Kampf gegen neue Träger der bürgerlichen Ideologie wieder auf und muss mit besonderen Methoden geführt werden.

- Der Kampf für die ständige Revolutionierung der Massen und der kommunistischen Partei selbst darf auch im Sozialismus nicht unterbrochen oder geschwächt werden, sondern muss sogar noch konzentrierter fortgeführt werden.

- Die Frage, ob ein Land sozialistisch ist oder nicht kann nicht an Formfragen, wie dem Staatseigentum entschieden werden, sondern muss anhand des Wesens der Produktionsverhältnisse entschieden werden.

- Die Zerstörung der Sowjetunion in der Perestroika und die vollständige Entfesselung der kapitalistischen ökonomischen Gesetze war nur die notwendige Konsequenz der Machtergreifung einer neuen Ausbeuterklasse in den 1950er Jahren.

Nicht der Sozialismus ist gescheitert, sondern eine neue Kapitalistenklasse, die versucht hat die Ausbeutung unter sozialistischem Banner wieder aufleben zu lassen.
Die Welt braucht neue rote Oktober!

***

Fluchtursachen bekämpfen!

Links: Aktionswoche in Köln ; rechts: Plakatieraktion in München

Innerhalb der öffentlichen Debatte in der BRD zum Umgang mit Geflüchteten, Rassismus und Terror sind vor allem zwei Stimmen zu hören. Auf der einen Seite die Faschisten von AfD, Pegida und Co, die vor einer "Islamisierung des Abendlands" warnen. Sie geben den Rassismus als Antwort auf die drängenden Probleme der Massen in Deutschland aus. Auf der anderen Seite die bürgerlichen "DemokratInnen", die von Toleranz und Weltoffenheit sprechen, jedoch in Wirklichkeit Kriege in Afghanistan und dem Irak führen, die Grenzen um Europa hochziehen, den unmenschlichen Flüchtlingsdeal mit der Türkei abschließen und die wirtschaftlichen Interessen deutscher Konzerne auf der ganzen Welt verteidigen.

Beide Seiten sprechen immer wieder davon, dass man auch die "Fluchtursachen bekämpfen" müsse. Tatsächlich traut sich keiner wirklich daran zu erklären, wie sie das denn vor haben. Denn dann müssten sie über das wirtschaftliche System sprechen, welches durch Zerstörung der Umwelt, Zerrüttung der Volkswirtschaft der Herkunftsländer und Eroberungskriege Menschen erst zur Flucht zwingt. Dann müssten sie über den Imperialismus sprechen. Weil die Imperialisten – ob mit ihrer "demokratischen" oder mit ihrer faschistischen Maske – niemals ihre eigenen Verbrechen angreifen werden, müssen wir das tun.

Dafür hat sich ein Bündnis aus migrantischen und nicht-migrantischen antiimperialistischen Organisationen aus ganz Deutschland gegründet, an dem auch wir uns beteiligt haben.

Bei seiner ersten Konferenz am 30. Juli beschloß das Bündnis, eine bundesweite Aktionswoche vom 3.10 bis zum 9.10 sowie eine Großdemonstration am 29.10 in **Nürnberg** zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) durchzuführen.

Wir beteiligten uns in der Aktionswoche an Aktionen in NRW und Berlin.

In **NRW** gab es nach einer Auftaktdemonstration in **Hamm** am Montag (3.10) sowie verschiedenen kreativen Flugblatt- und Nachtaktionen am Mittwoch (5.10), eine große gemeinsame Kundgebung am Samstag auf dem **Kölner Rudolfplatz** (8.10). Vier Stunden lang gab es Redebeiträge verschiedener revolutionärer Organisationen, Flugblattverteilen und revolutionäre Musik, unter anderem von S. Castro. Zeitgleich hat eine

kleine Kundgebung in **Duisburg** stattgefunden.

Auch in **Berlin** haben verschiedene GenossInnen eine Kundgebung am Freitag, den 8.10 am Kottbusser Tor durchgeführt, um klar antiimperialistische Positionen in der Flüchtlingskrise zum Ausdruck zu bringen.

Sowohl in Köln als auch in Berlin zeigten wir in einem Redebeitrag zu den sogenannten „Wirtschaftsflüchtlingen“ auf, wie heuchlerisch diese Unterteilung durch die Herrschenden ist. Den Flüchtlingen vom Balkan wird ebenso wie denen aus Afrika oder dem Nahen Osten vom (deutschen) Imperialismus die Lebensgrundlage genommen.

Frontblock der Demonstration in Nürnberg

Am 29.10 fand die Großdemonstration in Nürnberg mit knapp 2000 TeilnehmerInnen statt. Vorneweg lief das Transparent "Fluchtursachen bekämpfen" mit RepräsentantInnen der verschiedenen Bündnisorganisationen. Dahinter reihte sich ein großer Frauenblock mit mehreren hundert Frauen ein, der die gesamte Zeit über kämpferische Parolen rief. Hervorzuheben ist die starke Beteiligung von geflüchteten Frauen an dem Block. Sie protestierten besonders gegen Abschiebungen und die unwürdigen Lebensbedingungen, denen sie in den Lagern ausgesetzt sind.

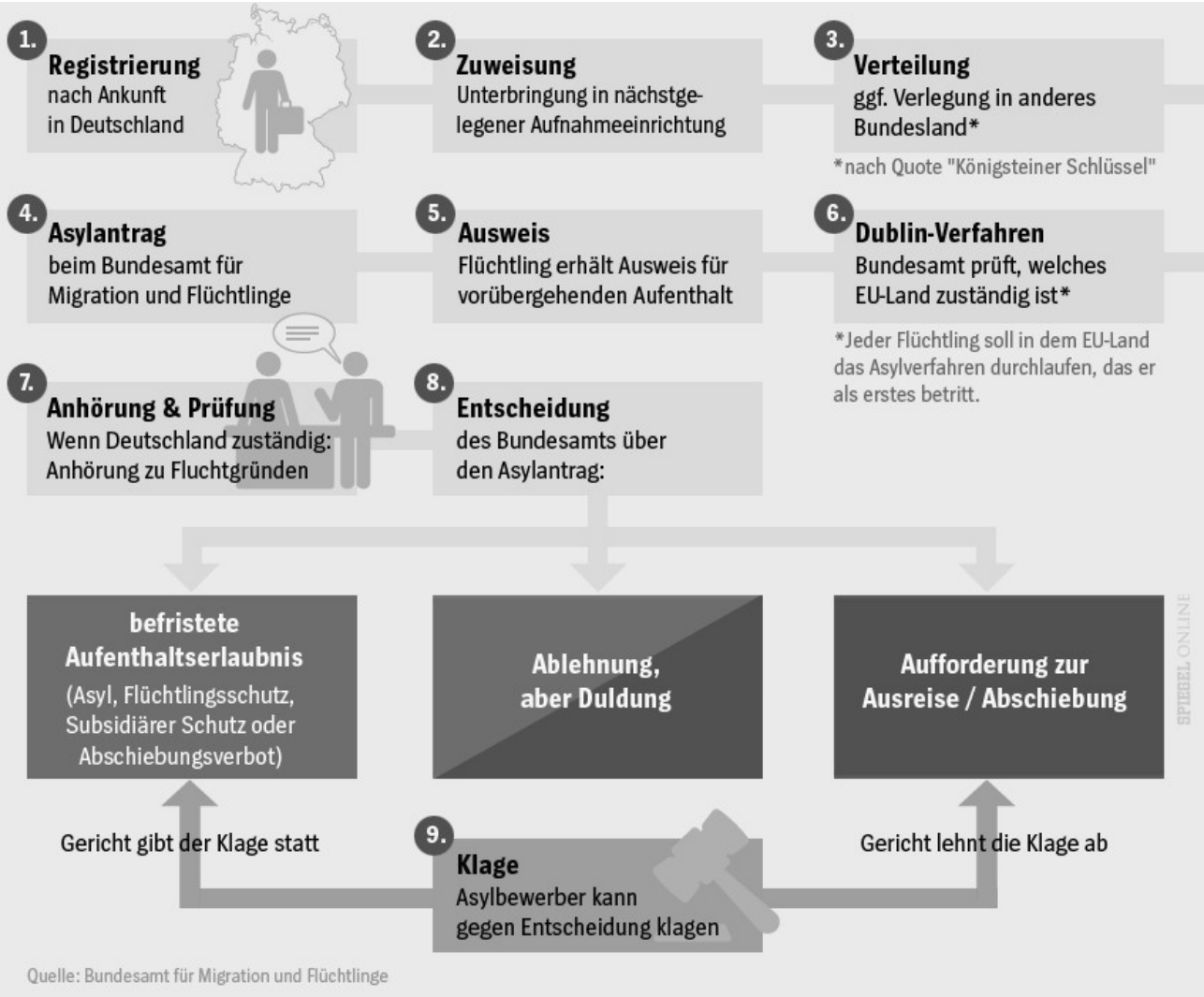
Im Anschluss daran lief ein revolutionärer Block, welcher sich aus verschiedenen revolutionären und kommunistischen Organisationen zusammensetzte. Neben organisierten Achterreihen wurden auch einige Rauchtöpfe gezündet. Im Anschluss reihten sich weitere Bündnisorganisationen ein.

Wir freuen uns, dass es im Rahmen des Bündnisses gelungen ist, einen bedeutenden Teil des revolutionären Pols in Deutschland zusammen auf die Straße zu bringen. Insbesondere im Hinblick auf den G20-Gipfel 2017, wo es notwendig sein wird, dass dieser Pol sich gemeinsam dem hochgerüsteten Feind entgegenstellt, ist das ein wichtiger Schritt.

Die InitiatorInnen der Kampagne liegen richtig damit, dass die antiimperialistischen Kräfte eine politische Lücke in der gesellschaftlichen Diskussion um die Flüchtlingsfrage füllen müssen. Allerdings ist es gerade deswegen wichtig, dass wir mit einem klaren antiimperialistischen und nicht etwa nur einem antiwestlichen Standpunkt auftreten. Nur eine konsequente antiimperialistische Position hat das Potential überzeugend die Ursachen für die massenhafte Flucht offenzulegen. Aus unserer Sicht als Kommunistischer Aufbau bildet das bis jetzt eine Schwäche der Kampagne. Dies zeigt aber auch auf, dass die KommunistInnen die Aufgabe haben, falsche versöhnlerische Einstellungen zum russischen Imperialismus im ideologischen Kampf zurückzudrängen.

Politisch herausstechend bei der Demonstration war der sehr kraftvolle und kämpferische Frauenblock an der Spitze, der hauptsächlich von Flüchtlingsfrauen getragen wurde. Er ist das Ergebnis einer langen und ausdauernden Massenarbeit, die in Nürnberg von einem sehr kleinen Kern von Revolutionärinnen getragen wurde. Diese Verbindung von „einheimischen“ RevolutionärInnen und FlüchtlingsaktivistInnen ist unseres Wissens nach im Rahmen der Kampagne nur in Nürnberg gelungen. Trotz dieser Begrenzung zeigt das klar, welches Potenzial darin liegt, wenn es gelingt die verschiedenen Widerstandskerne der politischen Widerstandsbewegung mit denen der Flüchtlingsbewegung zu vereinen.

Das unmenschliche Lagersystem - Bericht aus einer Flüchtlingsunterkunft



In den letzten Ausgaben haben wir die Frage von Flucht, Imperialismus und Faschismus in verschiedenen Artikeln von einer theoretischen Seite aus beleuchtet. Auch in der Praxis ist das Thema fester Bestandteil unseres politischen Kampfes.[1] *Im Folgenden wollen wir uns die Lebensbedingungen von Geflüchteten in Deutschland, die Klassenzusammensetzung und Arbeitsbedingungen der ArbeiterInnen in den Lagern sowie die Perspektive für gewerkschaftliche und politische Kämpfe in den Lagern genauer anschauen.*

Dafür haben wir ein Interview mit einer Genossin geführt, die in einer Notunterkunft für Flüchtlinge als Sozialarbeiterin gearbeitet hat.

1 Siehe dazu z.B. den Artikel zur 'Fluchtursachen bekämpfen'-Kampagne in dieser Ausgabe.

Bei der Unterkunft handelt es sich um eine Turnhalle in der geflüchtete Familien untergebracht sind. Sie wird von einem großen 'Wohlfahrtsverband' verwaltet.

Weltweit sind ca. 60 Millionen Menschen auf der Flucht. In den Jahren 2015 und 2016 sind gut eine Million Flüchtlinge in die BRD eingereist. Das entspricht einem sprunghaften Anstieg im Vergleich zu den Jahren 2013/2014. Dass die plötzliche Aufnahmebereitschaft der BRD nichts mit einem Merkelschen Humanismus zu tun hatte, haben wir bereits ausführlich im Artikel 'Flüchtlingskrise' dargelegt.[2] Kurz gesagt ging es darum, dass dem deutschen Imperialismus letztlich keine andere Wahl blieb: Wo hätten denn die fliehenden Menschen sonst untergebracht werden sollen? Vielleicht in Griechenland, welches im Falle eines gesellschaftlichen Kollapses gleich die ganze EU mitziehen würde? Vielleicht in den Balkanländern, in denen die Widersprüche wie z.B. in Bosnien-Herzegowina 2014 in Form von Besetzungen und Zerstörung von Regierungsgebäuden explodiert sind? Hätten die Herrschenden vielleicht die innereuropäischen Grenzen schließen sollen, um somit zugleich die eigene wirtschaftliche Macht im weltweiten Konkurrenzkampf zu untergraben, die man nur als EU-Führungsmacht besitzt? Die Flüchtlinge in das imperialistische Kernland mit hinreichender staatlicher Infrastruktur hinein zu lassen, war in einer solchen Situation die einzige Möglichkeit. Dass es sich jedoch bei der Aufnahme der Geflüchteten nicht nur um aufgezwungenen Ballast für die BRD handelt, zeigen Aussagen wie vom Daimler-Chef Dieter Zetschke: Er sprach davon, dass die Aufnahme von Flüchtlingen „im besten Fall auch eine Grundlage für das nächste deutsche Wirtschaftswunder werden kann – so wie die Millionen von Gastarbeitern in den 50er und 60er Jahren ganz wesentlich zum Aufschwung der Bundesrepublik beigetragen haben.“[3] Das Heranschaffen billiger Arbeitskräfte ist in einer Situation des wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland mit immer neuen Beschäftigungsrekorden (bei gleichzeitigem Niedergang und damit der Unterordnung nahezu aller anderen europäischen Länder) schlicht eine ökonomische Notwendigkeit. Nur so kann die industrielle Reservearmee wieder ausreichend aufgefüllt und der in den letzten Jahren spürbare Lohndruck durch die ArbeiterInnenklasse abgefangen werden. Diesem Ziel dient auch das Lagersystem. Es soll durch den weitgehenden Entzug demokratischer und sozialer Rechte und die Internierung unter entwürdigenden Bedingungen Flüchtlinge in billige und willige Arbeitskräfte umerziehen.

***

Die Unterbringung Geflüchteter in Deutschland

Kommunismus: Hallo Martina, zu Beginn möchten wir dich bitten kurz darzustellen, wie die Unterbringung von Geflüchteten in Deutschland überhaupt organisiert ist?

Martina: Die zentrale Verantwortung zur Unterbringung der Geflüchteten obliegt in Deutschland dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Flüchtlinge, die es über die Grenze schaffen, werden entweder bereits dort abgefangen oder melden sich später selbstständig bei einer Behörde z.B. der Polizei.

2 http://komaufbau.org/die-fluchtlingskrise-2015-imperialistische-strategien-zur-kontrolle-der-benotigten-arbeitsmigration/

3 www.faz.net/aktuell/technik-motor/iaa/daimler-chef-zetsche-fluechtlinge-koennten-neues-wirtschaftswunder-ausloesen-13803671.html

Sie werden nach einer ersten Registrierung in der nächstgelegenen Aufnahmeeinrichtung untergebracht. Recht schnell werden sie dann nach dem sogenannten „Königsberger Schlüssel“ in eines der Landesaufnahmelager gebracht, um dann weiter auf die Gemeinden verteilt zu werden. Zu diesem Zeitpunkt haben sie meist noch nicht einmal einen Asylantrag gestellt. Sie besitzen lediglich eine „Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender“. Mit einem solchen Aufenthaltsstatus sind sie gezwungen, in der Ihnen zugeteilten Gemeinde zu bleiben.

Käfighaltung für Menschen

Aufgrund der hohen Zahl von Geflüchteten 2015 waren bereits bestehende Aufnahmeeinrichtungen – meist alte Kasernen oder abgelegenere Lager– nicht mehr ausreichend, so dass Notunterkünfte eingerichtet werden mussten. Dafür nutzte der Staat im wesentlichen städtische Turnhallen sowie kurzfristig errichtete Zelt- und Containerdörfer.

Kommunismus: Das heißt die Unterbringung wird vollständig vom deutschen Staat organisiert?

Martina: Die Verwaltung der Unterkünfte wird in Deutschland nicht vom Staat selbst übernommen sondern von einem Träger der 'freien Wohlfahrtspflege' – das sind dann z.B. das Deutsche Rote Kreuz, der katholische Caritasverband, die evangelische Diakonie usw. Dieses „Subsidiaritätsprinzip“,[4] nachdem die konkreten Tätigkeiten im Sozial- und Gesundheitswesen nicht vom Staat sondern von „freien Trägern“ übernommen werden, hat sich bereits in der Weimarer Republik entwickelt und ist über die Jahrzehnte beibehalten worden.[5]
Was wenig bekannt ist: Die Träger der „freien Wohlfahrt“ gehören zu den Arbeitgebern mit den meisten Beschäftigten in Deutschland (z.B.Caritas: 590.000 Angestellte, Diakonie 453.000 Angestellte). Selbstverständlich werden diese „Hilfsorganisationen“ als große Unternehmen geführt und entwickeln sich innerhalb des kapitalistischen Konkurrenzkampfs. Politisch melden sie sich dabei nicht im Sinne der Betroffenen zu Wort, sondern führen nur aus, was der Gesetzgeber vorgibt. Christliche „Werte“ oder humanistische und sozialpolitische Traditionen spielen keinerlei Rolle. Sie werden nur in Sonntagsreden hervorgeholt, z.B. um das unmenschliche Lagersystem für Flüchtlinge moralisch reinzuwaschen.

Arbeits- und Lebensbedingungen im Lager

Kommunismus: Was kannst du uns über die Lebensbedingungen der Flüchtlinge im Lager berichten?

4 Demnach soll der Staat als übergeordnete Einheit nur solche Aufgaben übernehmen, die von untergeordneten Einheiten (insbesondere die Familien, Vereine, ehrenamtliche Arbeit usw.) nicht erledigt werden können.

5 Weil die Finanzierung jedoch zu mindestens 90% staatlich erfolgt, handelt es sich im wesentlichen um eine verdeckte Auflösung der Trennung von Kirche und Staat bzw. eine staatliche Förderung der reaktionären Kirchen.

Martina: Wenn die Geflüchteten hierher gebracht werden, dann sind sie teilweise schon monatelang in anderen Bundesländern oder im Landesaufnahmelager untergebracht gewesen. Für viele ist es erst einmal ein Schock wenn sie hier ankommen. Sie haben sich darauf gefreut nach der langen und beschwerlichen Reise endlich ein wenig zur Ruhe kommenzu können, stattdessen erwartet sie ein ganz anderes Bild. Man kann sich das so vorstellen: Eine Mehrzwecksporthalle, die nur durch Spinde in drei Teile geteilt ist. In zwei Teilen sind jeweils 130 Feldbetten aufgestellt. Das monatelange Schlafen auf den Feldbetten führt bei vielen Geflüchteten zu starken Rückenschmerzen. Vorallem im Fall von körperlichen Gebrechen oder Krankheiten sind die Betten schwer auszuhalten. Trennwände sind nicht vorhanden und die einzige Privatsphäre der Familien besteht darin, dass sie zu den Betten der nächsten Familie 30 cm Abstand haben. So etwas wie Privatsphäre hat man nur, wenn man auf Toilette geht. Noch nicht mal in den Gemeinschaftsduschen gibt es Vorhänge. Besonders für Frauen und Kinder sind diese Lebensbedingungen prekär, da sie somit kaum vor sexueller Nötigung und Übergriffen geschützt werden können.

Kommunismus: Wie sieht es mit der Verpflegung und der Infrastruktur aus?

Martina: In der notdürftig eingerichteten Kantine gibt es täglich Frühstück, Mittagessen und Abendessen, dazwischen Tee und Wasser. Das Essen ist natürlich das Billigste vom Billigsten: Manchmal gibt es drei mal die Woche Nudeln, dazu eine mit Konservierungsstoffen vollgepumpte Soße. Gerichte, die die Geflüchteten von zu Hause kennen wie z.B. Couscous, gibt es fast nie. Immerhin wird zu jedem Essen Fladenbrot gereicht. Selbstverständlich würde die große Mehrheit gerne selber kochen. Eine Möglichkeit dazu wurde natürlich nicht eingerichtet.
Als Sozialarbeiter haben wir einen Fernseher, eine Musikanlage sowie Aufladem̈oglichkeiten für die Handys organisiert, Internet oder Computer, an denen man sich um Bewerbungen oder die Wohnungssuche kümmern könnte, sind nicht vorhanden.

Kommunismus: Viele Flüchtlinge sind ja bereits durch die Erfahrungen in ihrer Heimat sowie auf der langen Flucht schwer traumatisiert. Wie reagieren die Menschen auf die von dir beschriebenen Zustände?

Martina: Ich habe in kurzer Zeit schon einige krasse Sachen erlebt. Z.B. haben wir mal eine Familie zugewiesen bekommen, bei der der Vorwurf im Raum stand, dass zwei junge Mädchen ein anderes kleines Mädchen in der Dusche sexuell missbraucht hätten. Aber anstatt die Familien schnell eigenständig unterzubringen und sowohl dem mutmaßlichen Missbrauchsopfer als auch den beiden Mädchen – die möglicherweise selbst nur das wiederholt haben was ihnen angetan wurde – zu helfen, wurden sie einfach aus der einen Halle rausgenommen und zu uns in die Notunterkunft gesteckt! Weder unsere Leitungsebene noch das Jugendamt hat sich dann dafür zuständig gesehen. Meiner Meinung nach war der Hauptgrund, dass es sich bei der Familie um Roma gehandelt hat und für die ist nun mal keine eigene Wohnung vorgesehen.
Zwischendurch hatten wir auch mal über mehrere Wochen kein warmes Wasser oder wochenlang keine frische Bettwäsche für neu ankommende Bewohner. Eine Familie, welche bei uns untergebracht war, wurde bei einem Transfer innerhalb von Deutschland von ihren Kindern getrennt. Der Vater hat sich irgendwann aus Verzweiflung versucht, das Leben zunehmen. Erst Monate später konnte die durch

„Behördenchaos“ getrennte Familie wieder zusammengeführt werden. Bei jedem deutschen Kind wäre eine landesweite Medienkampagne gestartet worden. Aber Tausende „verschwundene“ Flüchtlingskinder sind den Medien gerade mal eine Kurzmeldung wert, die nach einem Tag wieder vergessen ist. Wer weiß schon, wie viele minderjährige Flüchtlinge in den Händen der Mafia landen, z.B. als SexsklavInnen oder Nachschub für den illegalen Organhandel?

Kommunismus: Was sind deinem Eindruck nach die größten Schwierigkeiten für die BewohnerInnen des Lagers?

Martina: Das schlimmste ist das Warten. Alle warten auf das Fortschreiten ihres Asylverfahrens, da man ohne einen Aufenthaltstitel quasi nicht weiterkommt – eine eigene Wohnung und Arbeit hängen de facto davon an. Erst müssen sie den Asylantrag stellen, dann kommt das Interview, wo über die Asylgründe gesprochen wird, dann kommt der offizielle Bescheid, ob sie bleiben können. Dieser ganze Prozess zieht sich bei den Geflüchteten teilweise über ein Jahr hin. Daneben warten die meisten auf Transfers raus aus der Halle, da sie die entwürdigenden Lebensbedingungen dort nicht mehr ertragen können. Sie hoffen in Wohncontainer oder Komplexe mit eigenem Zimmer umverteilt zu werden. Ob und welche Geflüchteten aus der Halle raus können, entscheiden die SozialarbeiterInnen, die bei der Stadt angestellt und für unsere Halle zuständig sind, nach eigenem Ermessen. Dabei spielen Krankheit, Dauer des Aufenthalts in der Halle, aber auch Aufenthaltstitel – und damit Herkunft – eine Rolle.
Durch die fehlende Arbeitserlaubnis können die Geflüchteten nicht arbeiten gehen. In der Halle können sie nicht selber kochen, sie können nicht selber waschen. Die einzigen Möglichkeiten sich zu betätigen sind die freiwillig angebotenen Deutschkurse. Daneben gibt es einige Freizeitangebote, die jedoch oftmals vor allem Kinder und Jugendliche ansprechen. Positiv ist, dass die Kinder meistens relativ schnell in einen Kindergarten oder eine Schule kommen und somit sowohl deutsch lernen, als auch sich mit anderen Kindern bekannt machen können. Für die Erwachsenen mit guter Bleibeperspektive (Syrien, Irak, Eritrea, Iran) gibt es die Möglichkeit, an einem „Integrationskurs“ teilzunehmen.

Kommunismus: Was bewirken das ständige Warten und die Lebensbedingungen bei den Flüchtlingen?

Martina: In meiner Halle herrscht meinem Eindruck nach für diese Lebensbedingungen eigentlich eine extreme Ruhe. Die Geflüchteten finden schnell einen Umgang damit. Dieser Umgang heißt aber meist Apathie, Rückzug und Depression. Zu individuellem Widerstand kommt es kaum, zu kollektivem fast nie. Viele kommen nach Deutschland mit starker Traumatisierung durch die Kriegserlebnisse in ihren Heimatländern oder die Todesfurcht während der Bootsfahrten über das Meer. Sie leben zwischen dem Widerspruch, dass sie eigentlich froh sind bzw. sein müssten darüber, dass sie jetzt nicht mehr täglich vom Tod bedroht sind und sich andererseits dem zermürbenden Bürokratie-Dschungel ausgesetzt sehen.

Kommunismus: Die Flüchtlinge bilden die große Masse der Unterdrückten im Lager. Aber das Lagersystem benötigt zum Funktionieren ja auch Arbeitskräfte. Wie sieht es damit aus? Welche ArbeiterInnen gibt es in der Notunterkunft und wie sind ihre Arbeitsbedingungen?

Dieter Zetsche möchte gerne ein paar billige Arbeitskräfte – Merkel liefert

Martina: Bei mir im Lager gibt es SozialarbeiterInnen, den Sicherheitsdienst, die Hausmeister und das Küchenpersonal.
Die SozialarbeiterInnen sollen nach dem Betreuungsschlüssel „eine SozialarbeiterIn auf 80 BewohnerInnen“ eingesetzt werden, was echt wenig ist. Aus anderen Hallen habe ich auch schon berichtet bekommen, dass dieser Schlüssel nicht ansatzweise eingehalten wird. Die Arbeitszeiten sind von 7 bis 18 Uhr im Zwei-Schichtensystem, Nachtbetreuung gibt es nicht, reihum muss jemand samstags arbeiten.
Insgesamt denke ich kann man von ziemlich harten Arbeitsbedingungen sprechen, da man einer enormen psychischen Belastung ausgesetzt ist. Mehrmals in der Woche hat man es mit hochemotionalen Situationen zu tun. Eine neu angekommene Familie, die sich weigert ihre Betten zu beziehen. Frauen, die nichts essen, um einen Schwächeanfall zu bekommen, in der Hoffnung dann schneller umverteilt zu werden. Häusliche Gewalt und klärende Gespräche in deinem Büro – einem Geräteraum der Turnhalle. Geflüchtete, die Papier vor deinen Augen anzünden und damit drohen das Lager anzustecken, wenn es keinen Transfer raus gibt. Ausraster, wo die Flüchtlinge sich danach entschuldigen mit „Sorry, Syrien, Bombe“. Dazu gibt es die Probleme, die von außen kommen wie ständiger Personalwechsel bei den Securities, unverschämtes Agieren von Stadtbeauftragten usw. Sie verschärfen den Arbeitsstress erheblich.

Als wäre die Arbeit an sich nicht schon schwierig genug, kommt sozusagen obendrauf der kapitalistische Umgang des „Wohlfahrtsverbands“ mit SozialarbeiterInnen: Teilweise Verträge über ein halbes Jahr, keinerlei Supervision, dreiste Informationspolitik. So werden z.B. Hallen geschlossen, aber die Heimleitung wird bis kurz vor knapp im Dunkeln gelassen. Ich habe mitbekommen wie ganze Teams unter Generalverdacht durch die Geschäftsführung geraten sind, da die Heimleitung[6] ein bisschen aufgemuckt und sich über die Zustände in der eigenen Halle beschwert hat. All das für einen echt miserablen Lohn. Vollzeit verdient man als SozialarbeiterIn 1600 Euro Netto.

Kommunismus: Wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen den Flüchtlingen und den SozialarbeiterInnen?

Martina: Grundsätzlich kann man das Verhältnis als ambivalent beschreiben. Einerseits ist der Sozialarbeiter meist das einzig „Nette“, was man vom deutschen Staat so zu Gesicht bekommt. Auf den Ämtern geht es meist deutlich kälter bis offen rassistisch zu.
Andererseits sehen einige Geflüchtete im Sozialarbeiter auch den direkt Verantwortlichen für die unmenschlichen Lebensbedingungen und betrachten ihn als ersten Ansprechpartner für Beschwerden. Auch wenn in der Mehrzahl der Fälle eigentlich die Stadt, das BAMF bzw. die Politik, die die Gelder verteilt, die eigentlichen Angriffsziele sein sollten, kann man die Geflüchteten auch verstehen. Als SozialarbeiterIn agierst du objektiv natürlich als

6 Die Heimleitung ist ein/e SozialarbeiterIn, der bzw. die die Gesamtverantwortung für das Heim erhält, jedoch nicht über Entlassungen etc. entscheiden kann.

Rädchen im Getriebe des Lagersystems. Du verwaltest unmenschliche Lebensbedingungen und befriedest gleichzeitig die Geflüchteten durch viel individuellen Einsatz und Menschlichkeit, die von einigen KollegInnen in die Arbeit reingesteckt wird. Der Kapitalismus hat es sogar geschafft, solche Leute in sein System zu integrieren. Gleichzeitig herrscht bei den SozialarbeiterInnen auch ein Bewusstsein für die Ungerechtigkeiten und es gibt immer wieder die Haltung sich grundsätzlich erstmal auf die Seite der Flüchtlinge zustellen.

Wie Gott es wohl findet dass man bei Caritas und Diakonie nicht streiken darf?

Kommunismus: Wie verhält es sich mit den anderen Beschäftigtengruppen im Lager?

Martina: Die Sicherheitsdienste haben sich teilweise innerhalb weniger Monate sprunghaft aufgeblasen, um Großaufträge der Stadt zu bekommen. Die Securities selbst sind dabei total unterschiedlich, man hat wirklich alles dabei. Von den sehr hilfsbereiten und dolmetschenden Kollegen über jene, die den ganzen Tag nur am Handy hängen bis zu dem, der einfach mal in der Nachtschicht in der Damenumkleide pennt. Man hat teilweise wirklich das Gefühl, dass sie einfach die Leute auf der Straße aufsammeln, eine Kurzausbildung drüberstülpen und – fertig. Ich selbst habe es bei uns in der Unterkunft noch nicht mitbekommen, aber es ist ja allgemein bekannt, dass viele Rassisten und Faschisten in Sicherheitsdiensten arbeiten. Dass es dabei ständig zu Übergriffen in Lagern kommt, was dann ab und an mal in der Zeitung steht, ist nicht verwunderlich.

Dann gibt es noch die Hausmeister, die für das Putzen, Betten aufstellen, Herausgabe von Bettwäsche, kleine Reparaturen usw. zuständig sind. Das sind fast ausschließlich MigrantInnen, die eine sehr geringe Bezahlung haben. Hier gibt es von außen schwer durchschaubare informelle Clanstrukturen, innerhalb derer diverse „Geschäfte“ abgewickelt werden.

Das Küchenpersonal, welches die Essensausgabe organisiert und die improvisierte Kantine sauber hält, wird auch ziemlich oft gewechselt. Interessant ist, dass es dort z.B. solche „verrückten“ Anweisungen gibt, dass die ArbeiterInnen keinen Augenkontakt mit den BewohnerInnen haben dürfen.

Insgesamt arbeiten also parallel ca. 15 KollegInnen in der Notunterkunft. Dadurch, dass die unterschiedlichen Funktionen durch sozial, kulturell und ethnisch klar getrennte Beschäftigtengruppen erfüllt werden, wird die Spaltung der ArbeiterInnen und zwischen ArbeiterInnen und BewohnerInnen im Lager auf die Spitze getrieben. Es entsteht so eine Hierarchie, die mir manchmal wie ein informelles Apartheidssystem vorkommt. Das steht natürlich nirgends geschrieben, ist aber im Arbeitsalltag doch deutlich zu spüren. Als weiße deutsche Sozialarbeiterin stehst du dabei an der Spitze der Pyramide.

Kommunismus: Kannst du uns etwas zum Verhalten deiner Führungsebene berichten? Agieren sie „humaner“ als kapitalistische Betriebe, die keine „Wohlfahrtsverbände“ sind?
Martina: Unsere Arbeit wird ganz klar nach den neusten betriebswirtschaftlichen Methoden knallhart kapitalistisch gemanaged, von

Menschlichkeit oder „Hilfsanspruch“ ist da keine Spur. Gleichzeitig konkurrieren auch die Wohlfahrtsverbände um die Aufträge der Stadt, so dass sie teilweise innerhalb von kürzester Zeit aufgebläht wurden. Man hat die bisherigen Leiter eine Führungsstufe höher gezogen und dann eine neue Zwischenstufe eingesetzt. Aber dass es einen Unterschied macht für die Qualifikation und Anforderungen, ob man drei Flüchtlingsheime oder 50 verwaltet, wurde dabei scheinbar nicht bedacht, wenn man sich die chaotische Arbeit einiger Führungskräfte anguckt.
Auch innerhalb der Führungsebene bei der Stadt, die ja als Auftraggeber gegenüber den Wohlfahrtsverbänden auftritt, herrschen Chaos und Überforderung mit der Unterbringung von Geflüchteten vor. Letztlich kratzen sowohl die SozialarbeiterInnen vor Ort als auch die Führungsebenen im Unternehmen meinem Eindruck nach ständig am Burnout.

„Wir sind hier weil ihr unsere Länder zerstört habt“

Perspektiven politischer Kämpfe

Kommunismus: Wie schätzt du insgesamt die Unterbringungssituation in Deutschland, d.h. das entwürdigende Lagersystems für Flüchtlinge aus einer politischen Perspektive ein?

Martina: Die Gesamtsituation in der BRD wird auf jeden Fall klar von staatlichen Stellen kontrolliert. Gleichzeitig herrschen chaotische Verhältnisse, die man sich für ein Bürokratie-Land wie Deutschland gar nicht vorstellen kann. Aber das ist kein Widerspruch sondern in sich schlüssig. Das organisierte Chaos gehört meinem Eindruck nach zur staatlichen Strategie und wird u.a. durch systematische Unterfinanzierung sowie diverse andere Tricks geschaffen. Worum geht es dabei?
Kernpunkt ist meiner Meinung nach, die Geflüchteten auf ihren zukünftigen Platz in der Gesellschaft vorzubereiten. Der allergrößte Teil wird nämlich zu den am krassesten ausgebeuteten Teilen der ArbeiterInnenklasse gehören. Durch ihre Aufenthaltssituation und den gesellschaftlichen Rassismus werden sie die schlechtesten Jobs zu den niedrigsten Löhnen machen müssen. Die Qualifizierten auch gerne bessere Jobs, aber dennoch zu niedrigen Löhnen.
Auch geht es darum, weitere Flüchtlinge von der Flucht nach Europa abzuhalten. Denn mit einer Millionen Flüchtlinge kann die deutsche Wirtschaft noch sehr gut umgehen und sie wirklich zur Überwindung einiger Arbeitskräfteprobleme nutzten. Aber noch viele weitere sind nicht notwendig.
Bei dem systematischen Chaos geht es weiterhin darum, ehrliche humanistisch gesinnte Menschen, die sich die Unterversorgung nicht mit angucken können und ehrenamtlich aktiv werden, zur Ersetzung staatlicher Aufgaben und somit für unentgeltliche Arbeit heranzuziehen.
Zuletzt geht es denke ich langfristig darum, die deutsche Bevölkerung wieder an die Internierung großer Teile der Bevölkerung in Lagern zu gewöhnen und das Verhalten von Massen in Lagern zu beobachten.

Kommunismus: Welche Rolle spielen Soziale Arbeit und Hilfsorganisationen, seien es nun kapitalistische Unternehmen wie die großen Wohlfahrtsverbände oder die vielen kleinen Initiativen von ehrenamtlichen HelferInnen, im

Gesamtsystem?

Martina: Wir können sehen, dass es eine Arbeitsteilung gibt: Die Hilfsorganisationen „helfen“, die Sozialarbeiter versuchen die Lebensbedingungen der Menschen so erträglich wie möglich im Rahmen der Vorgaben zu gestalten. Wenn mal jemand aus der Reihe tanzt, kommt die Polizei und die Repression greift. Danach kommt wieder der Sozialarbeiter, der dann wieder den integrierenden Teil übernimmt. So wird organisierter Widerstand verhindert und die Vereinzelung vorangetrieben.
Stadt, Soziale Arbeit und Polizei sind hier integrierter und vernetzter Teil des gesamten Lagersystems, auch wenn sie verschiedene Aufgaben übernehmen.

Kommunismus: Manche Linke sehen in den Refugees den unterdrücktesten Teil der ArbeiterInnenklasse. Sie stellen sich daher die Flüchtlinge als besonders kämpferische Avantgarde vor. Was denkst du über das politische Bewusstsein unter den Geflüchteten in deinem Heim?

Martina: Um es klar zusagen: Bei geflüchteten Menschen handelt es sich um Menschen, die unter kapitalistischen, teilweise auch unter halb-feudalen Bedingungen aufgewachsen sind. Es handelt sich um einen Querschnitt der Gesellschaft. Somit gibt es fortschrittliche und reaktionäre Menschen; z.B. gibt es unter den Flüchtlingen einen weitverbreiteten Rassismus gegen Sinti und Roma. Auch sind viele politische Menschen in Syrien geblieben und haben sich der YPG/YPJ angeschlossen, um direkt gegen den IS zu kämpfen. Gleichzeitig gibt es im Lager einige AnhängerInnen der Peschmerga und der PKK, die dies auch offen zeigen. So hat einmal ein Flüchtling eine Flagge mit dem Bild von Abdullah Öcalan an seinem Spind aufgehangen. Das hat dann erstmal Stress mit den türkischen Hausmeistern gegeben. Insgesamt ist aber das Bewusstsein der großen Mehrheit vor allem stark davon geprägt, sich individuell einzufinden, nicht aufzufallen und ein sicheres Plätzchen für die eigene Familie zu finden.
Während der Zeit, in der ich in dem Lager gearbeitet habe, gab es einmal einen kollektiven spontanen Protest: Damals war ein Typ von der Stadt da, der ziemlich unverschämt mit den BewohnerInnen umgegangen ist. Dann haben die Geflüchteten Schilder gemalt, sich an eine befahrene Straße in der Nähe des Lagers gestellt und dort den hupenden Autofahrern die Schilder gezeigt. Die Hauptforderung war dabei „We Want House“. Danach hat sich aber nichts mehr getan. Der Versuch von FlüchtlingsaktivistInnen, die wir über die Situation informiert hatten, mit den BewohnerInnen in Kontakt zu kommen, hat nicht funktioniert.

Kommunismus: Gibt es bei den ArbeiterInnen im Lager ein Klassenbewusstsein? Wie sieht es bei den SozialarbeiterInnen aus? Gibt es hier Unterschiede, da ein Studium der Sozialpädagogik ja immerhin eine bewusste Berufswahl von vielen fortschrittlich eingestellten Menschen ist?

Martina: Das politische Bewusstsein der SozialarbeiterInnen ist widersprüchlich. Viele wissen über die Fluchtursachen Bescheid. Dass der Wohlstand in Deutschland auf den Schultern der abhängigen Länder aufgebaut ist und dass die Leute vor den Kriegen der NATO fliehen, ist eigentlich Allgemeingut. Dennoch kann man manchmal sehen, wie die Agitation von reaktionären und faschistischen Parteien wie der CDU und AfD selbst in unseren Kreisen Einfluss hat, wenn z.B. zwischen „Wirtschaftsflüchtlingen“ und „echten“ Flüchtlingen unterschieden wird.

Wie bereits gesagt, bewegen wir uns im Spannungsfeld zwischen Hilfspolizei, Samariter und parteiischer UnterstützerIn. Eine aktivierende Arbeit im Sinne des Empowerments-Konzepts oder „Hilfe zur Selbsthilfe“, wie es im Studium gelehrt wird, ist quasi nicht möglich, da man sich sofort gegen den eigenen Arbeitgeber stellen müsste. Oft müssen wir Sachen machen, die eigentlich für falsch befunden werden – aber letztendlich macht man es dann ja trotzdem. Die Perspektive, dass man selbst an der Situation etwas ändern könnte, ist bei den meisten – wie auch beim Rest der Gesellschaft – nicht vorhanden. Meist versucht man die kollektive Ohnmacht mit hohem persönlichen Einsatz und humanistischer Verbundenheit auszugleichen. Insgesamt denke ich jedoch, dass die SozialarbeiterInnen ein natürlicher Verbündeter in antirassistischen Kämpfen und Kämpfen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Flüchtlinge sind, da sie direkt mit der Realität konfrontiert sind und oftmals eine grundsätzlich progressive Haltung einnehmen.

Bei den Hausmeistern, Küchenpersonal und Securities handelt es sich um untere Teile der ArbeiterInnenklasse, die viel arbeiten müssen, unsichere Verträge haben und wenig verdienen. Ihr Bewusstsein ist viel heterogener als bei den SozialarbeiterInnen. Hier findet man ebenso wie bei den Geflüchteten selbst alles von fortschrittlich bis reaktionär.

Kommunismus: Bei so miesen Arbeitsbedingungen wäre eigentlich ein gewerkschaftlicher Kampf notwendig. Wie sieht es mit dem ökonomischen Bewusstsein der ArbeiterInnen im Lager aus?

Martina: Bei den SozialarbeiterInnen schreien die Arbeitsbedingungen nach gewerkschaftlicher Organisierung. Dies wird zwar spontan von fast niemandem in Erwägung gezogen, jedoch gibt es bei Diskussionen zu diesem Thema immer recht große Offenheit. Eine Gewerkschaft, der die KollegInnen sich anschließen wollen, gibt es jedoch eigentlich nicht. Ver.Di, GEW oder der DBSH[7] sind im betrieblichen Alltag der SozialarbeiterInnen nicht existent. Betriebsräte werden zu Recht als Co-Manager wahrgenommen.
Hier gilt es damit zu beginnen, kleine kämpferische Kerne aufzubauen, die dann eine konkrete Kampftaktik für ihren jeweiligen Bereich ausarbeiten. Die Rolle der existierenden Gewerkschaften und Betriebsräte muss darin konkret berücksichtigt werden. Schwierigkeiten bei der gewerkschaftlichen Organisierung bereiten dabei die recht hohe Zersplitterung der SozialarbeiterInnen, eine oftmals falsche, aufopfernde Haltung und der Umstand, dass man bei kirchlichen Trägern nicht streiken darf.

Ein großes Problem sehe ich in dem engen, berufsständigen Bewusstsein der KollegInnen. Eigentlich bräuchte es eine Lagergewerkschaft, also eine für alle im Lagersystem Beschäftigten. Aber die notwendige Überwindung der Spaltung zwischen „Fachkräften“ (bei uns die SozialarbeiterInnen mit einer akademischen Ausbildung) und „Anlerntätigkeiten“ (also Hausmeistern, Security, Küchenpersonal) bleibt vorläufig eine Utopie. Selbst in einem so riesigen Betrieb wie der Uniklinik Charité in Berlin, wo im Pflegebereich durch eine kämpferische Gewerkschaftsbasis fortschrittliche Tarifverträge erstritten werden konnten, wurde die Spaltung zwischen den PflegerInnen als Fachkräften und den outgesourcten „Proleten“ in der Charitee Facility Management (CFM) nicht überwunden.

7 Der „Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit“ e.V. ist eine Sozialarbeitergewerkschaft, die im konservativen Deutschen Beamtenbund (DBB) Mitglied ist und nicht im sozialdemokratischen Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).

Kommunismus: Wo siehst du insgesamt Ansatzpunkte für politische Kämpfe?

Martina: Als Kernaufgabe zur Entwicklung politischer Kämpfe in diesem Feld sehe ich den Aufbau von klassenkämpferischen Kernen unter den Geflüchteten und unter den ArbeiterInnen. Diese Kerne müssen aus den fortschrittlichsten und kritischsten Menschen in diesen Teilen der Klasse gebildet werden. Darin kann kollektiv ein Bewusstsein für die eigene Lage und Rolle geschaffen werden. Dieses klassenkämpferische Bewusstsein muss dann wiederum organisiert unter den Geflüchteten, wie den SozialarbeiterInnen und anderen Beschäftigten des Lagersystems verbreitet und in konkrete Kämpfe umgesetzt werden.

Für die Selbstorganisation der Geflüchteten sind sie selbst die ExpertInnen. Was ich jedoch feststellen kann ist, dass sie vor der extrem schwierigen Aufgabe stehen, sich unter den Bedingungen von geringen Geldmitteln, großen Sprachhürden, ständigem Wohnungswechsel und starker Repression selbst zu organisieren. Dabei gilt es einerseits gemeinsam Perspektiven zur direkten Verbesserung der Lebensbedingungen zu entwickeln. Anderseits ist eine langfristigen Strategie zur Überwindung des Systems, das ihre Länder zerstört, notwendig. Ansätze wie die gemeinsame Zeitung von Geflüchteten „Daily Resistance“[8] sind sicherlich wichtige Schritte darin, die Fortschrittlichsten unter den Geflüchteten zusammenzubringen.

Die so gebildeten klassenkämpferischen Kerne müssen perspektivisch miteinander in Kontakt treten, Kampfgemeinschaften bilden, Perspektiven für gemeinsame Kämpfe bzw. gegenseitige Unterstützung festlegen und diese umsetzen. Dabei spielen GenossInnen aus revolutionären Organisationen, die aus Sicht der Gesamtbewegung auf die Kämpfe schauen, eine wichtige Rolle.
Die wichtigste Aufgabe wird es dabei sein, dass Vertrauen in den „netten“ deutschen Staat zu überwinden und an dessen Stelle das Bewusstsein zu setzen, dass wir alle, ob SozialarbeiterInnen, Geflüchtete oder ungelernte ArbeiterInnen zu einer unterdrückten Klasse gehören, die nur durch den gemeinsamen Klassenkampf ihre Ziele erreichen kann.

Kommunismus: Vielen Dank für diese Innensicht auf das Lagersystem und viel Erfolg bei dem Bemühen, die objektiv zwiespältige Rolle der Sozialarbeit für eine klassenkämpferische Politik auszunutzen.

***

Die Schwierigkeiten einer kommunistischen Massenarbeit unter den Flüchtlingen, sind bei Martina bereits angeklungen. Zweifellos gehören die vielfach Sondergesetzen unterworfenen und in Lagern internierten Flüchtlinge zu den am meisten unterdrückten Teilen der ArbeiterInnenklasse in Deutschland. Nur macht sie diese objektive Klassenlage keineswegs automatisch zu besonders fortschrittlichen Menschen. Neben den von Martina heraus gearbeiteten objektiven Schwierigkeiten einer Organisierung im Lager treten die subjektiven Probleme eines mangelnden Klassenbewusstseins. Solange das Ziel der Flucht und der Kampf als Flüchtling die Erreichung einer sicheren bürgerlichen Existenz im imperialistischen Zentrum bleibt, stoßen auch eine kämpferische Organisierung und vom Mut der Verzweiflung angetriebene radikale Aktionsformen wie trockene Hungerstreiks, Drohung mit Selbsttötung usw. an Grenzen. So sind viele

8 Siehe die website www.dailyresistance.oplatz.net

FlüchtlingsaktivistInnen mit der Durchsetzung eines gesicherten Aufenthaltsstatus inaktiv geworden.
Das Klassenbewusstsein, dass nur der politische Kampf für die Zerschlagung des Imperialismus durch die sozialistische Weltrevolution die Fluchtursachen beseitigen kann, muss wie in andere Teile der ArbeiterInnenklasse auch in die Flüchtlingsmassen von außen durch bewusste kommunistische Kerne (in denen sich auch die kommunistischen Flüchtlinge organisieren) hinein getragen werden. Darüber und über die Erfahrungen bei der Selbstorganisation von Flüchtlingen werden wir mit revolutionären FlüchtlingsaktivistInnen reden.

This paper is published and written by a diverse group of so-called refugees who choose not to accept their disfranchisement by the German state. Together with local supporters we look to inform and invite as many people as possible to break the isolation and to get in contact with us.

این کاغذ توسط گروه متنوعی از افراد به اصطلاح- پناهنده نوشته و منتشر میشود که سیاست ضد انسانی دولت آلمان را قبول نداریم. با همکاری گروهی از افراد محلی ما به دنبال اطلاع رسانی و دعوت کردن از شما هستیم تا انزوای خود را در کمپ بشکنید و به ما بپیوندید.

Ce dossier est publié et rédigé par un groupe hétérogène de soi-disant "réfugiés" qui n'acceptent pas la privation et l' interdiction des droits civique par l'État allemand. Avèc des sympathisants locaux, nous voulons informer et inviter autant de personnes que possible pour briser l'isolement et creer un contact avec nous.

هذه الصحيفة نشرت و كتبت من قبل مجموعة متعددة من ما يدعى «لاجئين» الذين لم يقبلو الحرمان من الحكومة الالمانية، معا مع داعمين محليين نبحث لنخبر و ندعو اكبر عدد ممكن من الاشخاص لتكسر العزلة و يتواصلو معنا.

Novine pred vama pišu i objavljuju različite grupe takozvanih "izbeglica" koje ne prihvataju stanje obespravljenosti koje im nemačka država nameće. Zajedno sa podrškom ljudi iz našeg neposrednog okruženja, želimo da vas informišemo i pozovemo da u velikom broju uspostavite sa nama kontakt i razbijete izolaciju kojoj smo izloženi.

DAILY RESISTANCE

Our Movement, Our News

by Lager Mobilisation Network

dear people from all over the world, this is our first issue of the newspaper *Daily Resistance* and it's written by people in the same position like you as the so-called refugees: people who are fighting against being dehumanized by law, criminalized by politicians, capitalized by the lager industry and instrumentalized by the media; plus with the support of very few citizens and friends in solidarity who are actively fighting with us to overcome this unjust and unhuman condition which is the reality and waste of our lifetime.

all in together there are, only in berlin, over 33.000 people forced to live in lagers (camps) and very few people in German society care about them, or even less are against this situation; so it seems like a long way to go – and that is unfortunately how it is. this is one of the many reasons why this newspaper, the *lager mobilisation network*, the website www.oplatz.net and many more self-organized groups and platforms were founded: to not only bring to you news, views and the self-written history of our self-organized movement, or to let you know how your image is covered in the german society... the most important part of this newsletter is the attempt to support you where, when and in showing you ways to come together with other people and networks so you can "help yourself" – because one thing is for sure: there will be no "help" from this racist system and government, so it is on us to stand up, organize and demand our rights.

we hope you enjoy this newspa-

الاجئين يحتاجون الحرية لا المساعدات

en > 2

by Adam Bahar, activist

كأحد الناشطين في مجال حقوق الاجئين وكمهاجر عايشت كل الظروف التي يمر بها الاجئين القادمين الى أوربا، تدور دوما في ذهني أسئلة عاصفة لا تهدا احاول هنا ان أشارككم إياها !

هل فعلا نجد في ألمانيا في ارض الواقع تلك الشعارات التي يرددها الاعلام هذه الأيام وخاصة المستشارة الألمانية. إنجيلا ميركل حين صرحت (لقد حققنا ذلك) !

هل فعلا تحقق ما يحب فعله لتمكين ثقافة الترحيب بالاجئين وفي نفس الوقت تمتلئ شوارع مدن المانيا المختلفة بالمتظاهرين من حركة المعادين للإسلام والأجانب (بغيدا) وهل تمكن هؤلاء المعادين للاجانب من حرق اكثر من مئة مركز إيواء مستقبلي للاجئين يعكس ثقافة الترحيب ؟ وهل ذلك يعني ترحيبا حين يتمكن البرلمان الألماني من اجازة قوانين جديدة تمنع وتقيد حرية الحركة للاجئين وتلزمهم بالبقاء مدة أطول في معسكرات اللجوء المتردية وحتي تعيد

حين يتمكن البرلمان الألماني من اجازة قوانين جديدة تمنع وتقيد حرية الحركة للاجئين وتلزمهم بالبقاء مدة أطول في معسكرات اللجوء المتردية وحتي تعيد

dailyresistance.oplatz.net

Wie man gegen Faschisten argumentiert

In unserer letzten Ausgabe haben wir uns im Zusammenhang mit der AfD mit der Ideologie der sogenannten “Neuen Rechten” beschäftigt. Diese “modernen” Faschisten treten nicht mehr unbedingt mit Hakenkreuzfahne auf und argumentieren mit der “jüdischen Weltverschwörung”, sondern gehen deutlich behutsamer und sorgfältiger vor. Häufig greifen die modernen Faschisten gerade Formen und Inhalte der Linken auf und verkehren sie ins Gegenteil: Sie stellen sich als die wahren Anwälte der kleinen Leute dar. Sie beklagen eine Meinungsdiktatur in Deutschland und sagen, sie seien der Widerstand dagegen. Sie schreiben sich die Forderung nach direkter Demokratie auf die Fahnen.
Wenn wir den Einfluss der Faschisten in den Massen zurückdrängen wollen, müssen wir auch ideologisch gegen sie kämpfen. In der Praxis stellt sich das manchmal als keine leichte Aufgabe heraus. Wie soll man denn nun diskutieren mit KollegInnen, die auf die Slogans von “Schluss mit Multi-Kulti und Political Correctness” hereingefallen sind? Wie trete ich dem gewieften AfD-Demagogen im Betrieb oder im Stadtteil entgegen?

Dazu wollen wir im folgenden einige Gedanken entwickeln.

Mit wem diskutiere ich und was ist das Ziel?

“Moment mal!”, wird sich jetzt vielleicht die eine oder der andere fragen. Warum sollte ich mit Faschisten überhaupt diskutieren? Gibt es da nicht handfestere Methoden der

Auseinandersetzung?!

Zunächst einmal sollte man sich klarmachen, dass der antifaschistische Kampf einen vor eine ungeheure Vielzahl sehr unterschiedlicher Situationen stellen kann. Wenn Nazi-Skinheads eine Antifa-Veranstaltung angreifen oder eine Kameradschaft durch ein migrantisches Viertel marschieren will, sind die Lage und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten völlig andere als z.B. in einem Betrieb, in dem ein faschistischer Kader seit Jahren die Kollegen einfühlsam mit Demagogie bearbeitet hat und ich als KommunistIn hineingehe und versuche, dort politisch zu arbeiten.
Da es an dieser Stelle (noch) nicht um die Entwicklung einer allseitigen Antifa-Strategie oder Strategie für eine revolutionäre Betriebsarbeit geht, wollen wir zunächst zwei vereinfachte Situationen unterscheiden und dazu nicht mehr als ein paar Anmerkungen geben:
1. Die Diskussion mit dem faschistisch beeinflussten Kollegen im Betrieb. 2. Die Auseinandersetzung mit dem faschistischen Kader und Demagogen.
Zur ersten Situation sind verschiedene Dinge zu sagen: Zunächst einmal gehen wir davon aus, dass es uns tatsächlich darum geht, den Kollegen davon zu überzeugen, dass seine Ansichten ("Die Flüchtlinge bekommen vom Staat alles, die Deutschen nichts", etc.) falsch sind. Das heißt, wir müssen argumentieren. Das wiederum setzt voraus, dass wir wissen, wovon wir sprechen. Wir müssen uns in den verschiedensten Feldern der Politik und des gesellschaftlichen Lebens auskennen und nicht nur Phrasen oder Oberflächliches von uns geben. Zweitens setzt das voraus, dass uns die Ängste und Anliegen der Massen nicht fremd sind, dass wir wissen, wo "der Schuh drückt". Platt gesagt: Wenn wir einem irregeführten Kollegen nicht mehr entgegenzusetzen haben als "Halt's Maul!" und uns ansonsten nicht für seine konkreten Probleme interessieren, werden wir nicht weit kommen.
Zentral ist: Jede Diskussion, die wir im Betrieb, im Stadtteil oder sonstwo führen, ist ein Bestandteil unserer revolutionären Arbeit und im Zusammenhang damit zu sehen.
Man wird es vielleicht erleben, dass ein Kollege, der meint, dass "die Ausländer" für alle Probleme in Deutschland verantwortlich sind, in einer Diskussion irgendwann zurückrudert – entweder, weil er seine Meinung gar nicht mit Argumenten unterlegen kann oder aber in der Minderheit ist. Nur um zwei Wochen später aber wieder genau dasselbe zu erzählen. Es ist nämlich nicht so, dass jeder Mensch von sich aus unbedingt danach strebt, zu jedem Zeitpunkt ein in sich schlüssiges politisches Weltbild zu vertreten. Viele Menschen suchen sich ihre Argumente nach Gesichtspunkten der Bequemlichkeit aus: Es ist einfacher, auf Leute herabzublicken und zu schimpfen, denen es objektiv schlechter geht als einem selbst, anstatt sich mit den Herrschenden anzulegen. Hier kann es ein gutes Herangehen sein, das Abdriften in ein derart "bequemes" Weltbild für den Betreffenden besonders unbequem zu machen: Man hält massiv dagegen, fragt nach und zeigt die Widersprüchlichkeiten seiner Argumentation auf.
Im Rahmen meiner Arbeit im Betrieb suche ich als erstes nach KollegInnen, die fortgeschrittener und zugänglicher sind. Mit KollegInnen, die z.B. bei kleineren Widerstandsaktionen mitmachen (Pause verlängern, Dienst nach Vorschrift etc.), kann ich politische Diskussionen führen. Je mehr solcher Verbündeter ich habe, desto besser kann ich reaktionäre KollegInnen in die Enge treiben und sie dazu bringen, nachzudenken und sich entweder eines Besseren zu besinnen oder aber sich aus Bequemlichkeit zumindest der roten Mehrheitsmeinung anzupassen.

Der strategische Vorteil der Rechten und wie man ihn aushebeln kann

Wenn ich im Betrieb oder anderswo auf einen geschulten faschistischen Kader treffe, der dort für seine Bewegung eine politische Arbeit verrichtet, handelt es sich um eine gänzlich andere Situation. Ich muss mir als erstes klarmachen, dass es nicht darum gehen wird, diesen Faschisten zu überzeugen. Sondern ich muss verhindern, dass seine Arbeit Früchte trägt. Er ist der Feind, den ich besiegen muss.

Hier gilt einerseits alles, was schon oben gesagt wurde: Ich muss mich im Betrieb auskennen. Ich muss die KollegInnen kennen. Ich muss selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Ich muss mich politisch schulen, d.h. mich auf den verschiedensten Gebieten auskennen und Argumente vorbringen können. Dabei muss ich in der Lage sein, konkret zu werden: Es reicht z.B. nicht aus, nur allgemeine Bemerkungen zur Ungerechtigkeit in der Welt von mir zu geben und dass man den Imperialismus beseitigen muss. Jeder halbwegs clevere bürgerliche Politiker, ob SPD-Gewerkschafter oder AfDler, wird in der einen oder anderen Form auf diesen Zug aufspringen und behaupten, seine reaktionären Konzepte (z.B. die "völkische Neuordnung der Welt") würden die Probleme lösen. Ich muss an konkreten Themen aufzeigen können, warum der Sozialismus die einzige wirkliche Perspektive für die ArbeiterInnenklasse darstellt: Warum und wie kann man im Sozialismus das Problem der Arbeitslosigkeit lösen? Wie organisieren wir die Produktion? Die Energieerzeugung? Das Schulwesen? Wie bringt der Kapitalismus islamistischen Terror hervor und wie gehen wir im Sozialismus damit um?

Political Incorrectness als Trumpf

Das ist das eine. Gleichzeitig müssen wir aber in der Lage sein, die Demagogie der Faschisten zu entlarven, d.h. die Methoden, mit denen sie die Massen irreführen. Wenn wir im Pausenraum vor den KollegInnen dem cleveren Gerede des AfD-Typen entgegentreten, dürfen wir nicht erwarten, dass es um einen gesitteten Austausch von Argumenten geht. Es geht um eine politische Schlacht, die wir führen. Wir müssen verhindern, dass er die Massen einfängt, müssen ihn diskreditieren. Gleichzeitig dürfen wir uns nicht provozieren lassen.

Der Faschist hat einige (scheinbare) Vorteile, wenn er im Pausenraum, auf einer Versammlung oder im Fernsehen Demagogie betreibt: Er ist nicht an die Wahrheit gebunden. Da seine Argumente auf einer Ideologie basieren, die nicht einmal in sich schlüssig sein muss, kann er beinahe sagen, was er will, wenn er es geschickt macht. Er kann sich auf das schärfste vom Hitlerfaschismus distanzieren und gleichzeitig eine "völkische Ordnung" einfordern. Er kann die "kommunistische DDR" verteufeln und gleichzeitig den Ehekredit in der DDR als Maßnahme zur Stärkung der Familie loben. Er kann seine Hochachtung vor allen Völkern betonen und gleichzeitig fordern, dass alle in ihren jeweiligen Landesgrenzen bleiben sollen. Er kann Krieg und Gewalt verurteilen und gleichzeitig konkrete Kriege als "Verteidigungsmaßnahmen" für richtig erklären.

Er profitiert davon, dass die bürgerliche Gesellschaft eine Wahrnehmung von Politik erzeugt hat, in der es gar nicht so sehr um Argumente geht, sondern darum, welches Bild man von sich und anderen produziert.

Die besseren Demokraten?

Der Faschist kann – je nach Publikum – alle Verhaltensweisen nutzen, die in der linken Bewegung vollständig verpönt sind: “Zu intellektuell”, “zu viel Rhetorik”, “zu machohaft” - alles kein Problem!

Diese Vorteile sind aber tatsächlich nur scheinbare. Unser Vorteil ist, dass wir für die Wahrheit stehen, für richtige Argumente statt leere Redekunst, für Erkenntnis statt Augenwischerei. Wir können nicht nur den Massen eine wirkliche Perspektive bieten, sondern die falschen Parolen und Lügengebäude der Faschisten durchschauen und auseinandernehmen.

Im folgenden wollen wir daher einige beliebte Argumente der Neuen Rechten nehmen und Gegenargumente liefern.

Fünf Argumente der Neuen Rechten und ihre Schwachstellen

“Heute herrscht in Deutschland die Meinungsdiktatur der 'Political Correctness'. Man darf nicht mehr die Wahrheit über kriminelle Ausländer u.v.m. sagen, sonst wird man angefeindet und ausgegrenzt.”

Diese Behauptung ist Teil einer geschickt ins Werk gesetzten politischen Aufführung der Faschisten. Die etablierten Parteien und Medien spielen dabei – im Kontrast zu obiger Behauptung – gerade kräftig mit. Z.B. ist die AfD in Deutschland dadurch massiv gefördert worden, dass sie seit 2013 permanente Medienaufmerksamkeit in Zeitungsinterviews, Talkshows etc. genießt. Sie konnte sich so als “Underdogs”, die gegen die herrschende Politik kämpfen, darstellen. Thilo Sarrazin, ein ideologischer Wegbereiter der AfD, hat seine Bücher, in denen er u.a. die Meinungsdiktatur beklagt (“Der neue Tugendterror”) in einem der größten deutschen Verlage veröffentlichen können. Begleitet von viel Medienaufmerksamkeit wurden damit seine Thesen breit bekannt gemacht. Nicht zuletzt macht die Bild-Zeitung seit Jahrzehnten erfolgreiche Massenpropaganda auf der Linie der Neuen Rechten (und benutzt dieselbe Methode).

“Die Medien sind links unterwandert.”

Das Argument knüpft an das erste an. Zunächst muss man feststellen, dass sich die Medien in Deutschland in Wahrheit nicht in den Händen der Redakteure befinden. Sie sind in den Händen von sehr wenigen Eigentümern, nämlich den großen Konzernen wie Bertelsmann und Springer, hinter denen wiederum einige Familien aus der Bourgeoisie stehen. Dann gibt es noch die öffentlich-rechtlichen Medien (ARD, ZDF, usw.), die letztlich von den großen Parteien kontrolliert werden.

Die Bosse der Medien entscheiden letztlich darüber, was geschrieben und gesendet wird. Dabei spannen sie durchaus auch kritische,

sozialdemokratische Redakteure für ihre Interessen ein, um möglichst große Teile der Massen anzusprechen. Es gibt auch durchaus eine Linie der "Political Correctness" in den großen Medien und Bundestagsparteien: Z.B. sind offener Rassismus, Sexismus usw. heute öffentlich verpönt, was ein großer gesellschaftlicher Fortschritt z.B. gegenüber den 1950er Jahren ist. Das ändert aber nichts daran, dass es sich um die Medien einer Klasse handelt, die gerade für Ausbeutung, Unterdrückung, Rassismus, Sexismus und vieles andere steht. Eine zeitweilige politische und Medienkampagne für die Integration von Flüchtlingen im Jahr 2015 z.B., bei der Deutschland sein "freundliches Gesicht" zeigt, ändert weder etwas daran, dass das deutsche Kapital (dem die Medien gehören!) für Krieg und Verelendung in den Teilen der Welt mitverantwortlich ist, aus denen Menschen flüchten. Noch ändert sie etwas daran, dass die Mauern um Europa schon längst wieder hochgezogen wurden.
Das Entscheidende ist, dass die Masse der Bevölkerung tatsächlich keinerlei Einfluss auf die Medien hat – im Gegensatz zu den Demagogen von ultrarechts, wie oben gezeigt.

"Das politische System ist verfault. Parteien wie die AfD oder der Front National müssen ran, um hier mal kräftig aufzuräumen."
Auch hier geht es im Grunde um dasselbe. Die Behauptung ist schlicht und einfach falsch. Die AfD und andere prominente Köpfe der Neuen Rechten sind in der Bourgeoisie oder, wenn man so will, im "politischen Establishment" bestens vernetzt und verankert und werden gefördert - man nehme nur den ehemaligen Bundesbank-Vorstand Sarrazin (noch immer SPD) oder das AfD-Zugpferd Gauland (früher CDU). Oder man sehe sich die Truppe von Figuren aus dem ultrarechten Teil der republikanischen Partei an, die der neu gewählte US-Präsident Trump um sich geschart hat, angeblich um in Washington "aufzuräumen". Wie gesagt: Das alles ist ein politisches Theaterstück.

"Die Menschen sind von Natur aus unterschiedlich: Die Unterschiede z.B. zwischen den verschiedenen Völkern muss man anerkennen, anstatt sie wegzuwischen. Multikulti ist gescheitert."
In diesem Punkt haben die Neuen Rechten die faschistische Ideologie angepasst: Sprach man früher noch vom Rassenkampf, der von Natur aus stattfände, wird jetzt die "Unterschiedlichkeit" der Kulturen betont, was natürlich nicht wertend gemeint sei. Dann wird aber direkt hinterhergeschoben, dass andere Kulturen (Muslime, Chinesen, Afrikaner) wahlweise aggressiver, dümmer, primitiver, o.ä. seien. Sarrazin sagte z.B. in einem Interview: "Multikulti-Freaks blenden Blutrache und Christenverfolgung aus."
Dahinter stehen im Großen und Ganzen immer zwei Ziele: Erstens, die Menschen mit unterschiedlicher Herkunft im Innern Deutschlands (z.B. die KollegInnen eines Betriebs) gegeneinander aufzuwiegeln, um sie besser beherrschen zu können. Andererseits wird damit das aggressive Vordringen des eigenen Kapitals in andere Länder, z.B. durch Kriegseinsätze ideologisch untermauert.
Die besonders aggressive Variante des obigen Arguments ist die Legende vom "Untergang der weißen Rasse", die u.a. von den militanten Neofaschisten (Breivik, NSU, Blood & Honour usw.) vertreten wird. Hierbei handelt es sich um einen ganz offenen Aufruf zu Krieg und Terror.

"Aber die menschliche Natur muss man anerkennen! Der Mensch ist von seiner Veranlagung her bestimmt. Die politische Ordnung muss sich dem anpassen und nicht versuchen, Menschen gegen ihre Natur umzuerziehen. Das macht aber die linke

Erziehungsdiktatur, in der wir leben."

Das ist ein sehr allgemeines reaktionäres Schlüsselelement, das in der gesamten bürgerlichen Ideologie durchaus gängig ist und aus dem die Faschisten ganz viele politische Folgerungen ziehen. Hier eine unvollständige Auflistung:

- Mann und Frau sind unterschiedlich, die Frau ist z.B. für Heim und Kinder zuständig
- Die bürgerliche Familie muss geschützt werden
- Homosexualität ist gegen die Natur. LGBT-"Propaganda" muss verboten werden wie in Russland (oder abgeschwächt: hat an Schulen nichts zu suchen)
- Abtreibung ist ein Verbrechen
- Die Unterschiedlichkeit der Menschen (ob sie z.B. arm oder reich sind) ergibt sich aus ihrer Veranlagung und ihrem Talent. Gleichmacherei ist unnatürlich

(…)

Hier geht es natürlich darum, alle möglichen gesellschaftlichen Fortschritte, die im Klassenkampf erzielt wurden, anzugreifen und zurückzudrehen.

Wir wollen nicht alle Punkte im einzelnen abarbeiten, sondern auf das Basisargument eingehen: Der Mensch unterscheidet sich von anderen Lebewesen dadurch, dass er ein Bewusstsein hat, d.h. dass er die Welt erkennen, verstehen und danach handeln kann. Er hat auch die Fähigkeit, sich selbst zu hinterfragen. Die Menschheit hat auf dieser Grundlage eine Zivilisation und Kultur entwickelt und bedeutende Schritte heraus aus dem Tierreich gemacht: Ebenso, wie sich die heutige Ernährung des Menschen von der des Neandertalers unterscheidet, der Mensch also eine Essenskultur entwickelt hat, hat auch z.B. die menschliche Sexualität eine kulturelle Entwicklung erfahren und reduziert sich nicht mehr auf Fortpflanzung. Die Entwicklung der Arbeit hat dazu geführt, dass die biologischen Unterschiede zwischen den Geschlechtern mehr und mehr unbedeutend werden. Dass immer noch Frauen schwanger werden und nicht Männer, ist auf dem Stand der heutigen Produktion kein Hinderungsgrund mehr für Frauen, alle Berufe auszuüben. Auch, dass Frauen heute bewusst entscheiden können, ob sie schwanger werden möchten, ein Kind austragen möchten oder nicht, ist ein kultureller Fortschritt.

Der Emanzipationsprozess des Menschen aus dem Tierreich ist so lange nicht abgeschlossen, wie es noch Ausbeutungsverhältnisse gibt. Erst in einer klassenlosen Gesellschaft wird das gesamte gesellschaftliche Leben des Menschen auf der Basis bewusster Entscheidungen der Menschen als Kollektiv organisiert werden. Bis dahin gilt es, jeden Fortschritt in diese Richtung zu verteidigen und auszubauen.

Die Reaktionäre und Faschisten wollen das Gegenteil, nämlich die kapitalistische Ausbeutergesellschaft verteidigen. Mehr noch: Sie wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen und finstere Zustände wiederherstellen wie in Deutschland in den 1930er Jahren.

Alle Argumente, die den Menschen auf seine natürlichen Veranlagungen und Triebe zurückführen wollen, greifen im Kern die Fähigkeit des Menschen an, sein Bewusstsein zu benutzen, um die Welt zu begreifen und zu verändern. All diese Lehren wollen dem Menschen letztlich einreden, an seinem Verstand zu zweifeln, anstatt ihn zu benutzen...

Krieg dem Krieg oder Stopp aller Kampfhandlungen?

L.: AKP Massenbasis in Aktion gegen den Putsch; R.: Seit dem 3. November in Haft: HDP-Co-Vorstand

Die Lage in der Türkei nach dem Gülen-Putsch und warum der AKP-Faschismus dem Zentrum eine Entscheidung aufzwingt

Im folgenden Artikel wollen wir uns anhand eines aktuellen Beispiels (den Klassenkämpfen in der Türkei vor und nach dem Putschversuch) mit der Frage beschäftigen, was die Offensive des Faschismus politisch für die revolutionären und fortschrittlichen Kräfte in einem Land bedeutet. Wir wollen dabei insbesondere herausarbeiten, dass der Faschismus in der Offensive auch schwankenden, zentristischen Kräften eine Entscheidung aufzwingt.

Vorbemerkung – Zentrismus in der Sackgasse

Anhand der Entwicklung der „linken“ Syriza-Regierung in Griechenland haben wir uns vor einem Jahr mit dem linken Reformismus der sogenannten „PostmarxistInnen“ auseinandergesetzt.[1] Neben die offenen ReformistInnen tritt in verschiedenen Formen das "Zentrum".

Der Zentrismus ist eine politische Strömung, die zwischen Reform und Revolution schwankt. In entwickelten kapitalistischen Ländern ist er ein politischer Ausdruck des Kleinbürgertums als Klasse. Dieses bildet seine soziale Basis z.B. in Form linksradikaler StudentInnen und kritischer Intellektueller. In der zusammenfassenden Einschätzung der PostmarxistInnen sind wir in einer Randbemerkung auch kurz auf die Rolle des Zentrums eingegangen:

„*Der andere falsche Weg ist es, aus Scheu vor den Mühen des oben beschriebenen revolutionären Kampfes oder aus Scheu davor, in Irrelevanz zu verfallen, den Weg der Anpassung zu gehen, indem man sich einer nicht-revolutionären Bewegung unterordnet. (…) Diesen Weg sind, soweit wir das aus der Ferne beurteilen können, sicher auch manche*

1 Siehe Kommunismus Heft 1, S. 3- 8; Heft 2, S. 41-56 und die Extrabroschüre Die Krise des Imperialismus und der 'Europäische Frühling

ehrlichen griechischen Revolutionäre gegangen, als sie sich Syriza angeschlossen haben.“[2]

Im nachfolgenden Artikel geht es um die Lage in der Türkei nach dem – auch für uns – überraschenden Putschversuch durch Kader der islamischen Gülen-Bewegung im Militär am 15. Juli 2016. Der Putsch scheitert innerhalb weniger Stunden. Die AKP nutzt die Gelegenheit, um mittels Ausnahmezustand ihre faschistische Herrschaft zu stabilisieren, u.a. durch eine riesige Säuberungswelle im Staatsapparat, den Medien und der Wirtschaft. Die terroristischen Herrschaftsmethoden der türkischen Bourgeoisie zielten seitens der AKP in den ersten Wochen zunächst auf die Zurückdrängung der islamischen Konkurrenz, die vom dem in den USA im Exil unter CIA-Aufsicht lebenden „Prediger“ Gülen gesteuert wird. Aufgrund der seit Ende der sechziger Jahre konsequent betriebenen strategischen Unterwanderung des Staatsapparats und der Wirtschaft durch die Gülen-Bewegung stellt dies den notwendigen ersten Schritt zur Stabilisierung der eigenen Macht dar.

Der AKP-Faschismus bleibt selbstverständlich dabei nicht stehen, sondern geht weiter und nimmt alle innenpolitischen GegnerInnen ins Visier, die den imperialistischen Ambitionen eines neo-osmanischen Reichs im Weg stehen. Inzwischen wurde der Ausnahmezustand um drei Monate verlängert und die Marschrichtung wird vom „neuen Sultan“ Erdoğan öffentlich vorgegeben:

- militärische Lösung der nationalen Frage in Kurdistan durch Zerschlagung aller Strukturen der kurdischen Befreiungsbewegung, was faktisch ohne Völkermord und/oder Massenvertreibungen nicht möglich sein wird
- Vernichtung aller revolutionären Kräfte (Unter dem Vorwand:„Ausschaltung des Terrorismus“)
- Unterdrückung aller demokratischen Bestrebungen und explizit der Forderungen der alevitischen-, kurdischen-, armenischen- und christlichen- Minderheiten
-Gleichschaltung der türkischen Gesellschaft als islamisches Sultanat auf Grundlage eines sunnitischen Islams. Dabei werden nicht nur offene Bündnisse mit Jihadisten wie Daesh (IS), Al-Kaida, Al-Nusra usw. eingegangen. Dies bedeutet auch eine massive Unterdrückung für alle sozialen Gruppen, die in dieser Variante einer faschistischen Volksgemeinschaft sei es als emanzipierte Frauen, säkulär eingestellte Jugendliche, sexuelle Minderheiten usw. als Ungläubige angesehen werden.

Durch diese zugespitzte Situation in der Türkei und Kurdistan zwingt der AKP-Faschismus dem Zentrum, d.h. den unterschiedlichsten politischen Gruppen und Strömungen, die zwischen Reform und Revolution schwanken, eine Entscheidung auf. Ein Weg besteht in der Unterwerfung unter den islamischen Faschismus eines AKP-Sultanats. Dies könnte gegebenenfalls durchaus mit einigen oppositionellen Sitzen im entmachteten Parlament belohnt werden. Der andere Weg ist die Beteiligung am revolutionären Klassenkrieg zur Errichtung der antiimperialistischen, volksdemokratischen Diktatur der unterdrückten Klassen. Wobei die Erkämpfung einer antiimperialistschen und antifaschistischen Ordnung durch eine demokratische Revolution nur als notwendiger Zwischenschritt auf dem Weg zum Sozialismus dient.

Die konkrete Lage in der Türkei und Kurdistan im Herbst 2016 ist natürlich etwas Besonderes. Aber wir können anhand dieser Situation viele allgemeine Schlüsse für die Zuspitzung des Kampfes zwischen Revolution und Konterrevolution ziehen.

Die Abgrenzung zwischen Marxismus-Leninismus und Zentrismus nimmt in der Türkei und (Nord)kurdistan bestimmte konkrete Züge

2 Der 'Europäische Frühling', die Zweite – Eine Zwischenbilanz vor der Neuwahl, Abschnitt 5. Wie kommt man zur Revolution?, in Kommunismus, Heft 2, S. 47

an. Sie ist aber eine sehr bedeutsame Frage für die revolutionäre Strategie überhaupt. Man denke hier nur an die jüngst besiegelte Kapitulation der revisionistischen FARC nach fünf Jahrzehnten Guerillakrieg in Kolumbien.[3]

Uns geht es in dem nachfolgenden Text darum, die Trennlinie zwischen Marxismus-Leninismus und Zentrismus an einem konkreten, für viele KommunistInnen in Deutschland relativ bekannten Beispiel herauszuarbeiten. Der hauptsächliche Grund dafür liegt in der ideologischen Notwendigkeit sich eine Klarheit über grundlegende Fragen der Strategie in der revolutionären Bewegung zu erarbeiten. Daneben fühlen wir uns dazu auch verpflichtet, da wir im Rahmen unserer Kräfte den revolutionären und antifaschistischen Kampf in der Türkei und Kurdistan aktiv unterstützen. Es geht uns also nicht darum als „oberschlaue Kommentatoren“ an bequemen Schreibtischen in Europa irgendjemand Ratschläge zu erteilen. Ganz im Gegenteil wollen wir so einen kleinen Beitrag dazu leisten, als KommunistInnen den proletarischen Internationalismus zu vertiefen und in der gemeinsamen Praxis des politischen Kampfes weiter zu entwickeln.

Die Gülen-Bewegung und der gescheiterte Putsch am 15. Juli 2016[4]

Die Gülen-Bewegung ist eine politische Kaderorganisation, die im Gewand einer religiösen, scheinbar unpolitischen Sekte um ihren 'Guru' Gülen aufgebaut ist. Sie vertritt einen moderaten, mit dem westlichen Imperialismus kooperierenden Islam.

Fetullah Gülen

Entstanden ist die Gülen-Bewegung bereits in den 1960er Jahren – also lange vor der AKP – als Teil des "Grünen Gürtels" der USA. Hinter diesem Begriff verbarg sich der Versuch, mittels der Förderung geeigneter antikommunistischer Kräfte des Islams die revisionistiche Sowjetunion (SU) zunächst mit einem Ring islamischer Mächte einzukreisen. In einem zweiten Schritt sollte die SU dann über ihren „weichen Bauch“ der islamischen Sowjetrepubliken im Kaukasus und Westasien (z.B. Turkmenistan, Usbekistan) zersetzt werden. Dies wurde dann in Folge der Niederlage der Sowjetunion in Afghanistan Ende der 80er Jahre erfolgreich umgesetzt.

Die Strategie der Gülen-Bewegung zielt entsprechend dieser Aufgabenstellung auf die Ausbildung der Ideologie eines moderaten Islams und der Gewinnung gefestigter Kader. Sie werden an den Schaltstellen der Macht platziert, um Staatsapparat und Wirtschaft langfristig zu unterwandern. Schwerpunkt der Praxis der scheinbar religiösen Gülen-Sekte ist folgerichtig die Erziehung. Vom Vorschulalter bis zur Universität hat die Gülen-Bewegung ein ganzes Netz von eigenen Bildungseinrichtungen in mehr als 15 Ländern errichtet, so u.a. auch in Deutschland. In diesen Privatschulen werden die Anhänger ideologisch gewonnen und für die

3 Siehe dazu z.B. die Erklärung der maoistischen 'Kommunistischen Partei Ecuadors – Rote Sonne', die in deutscher Übersetzung unter dem Titel 'Der falsche Frieden Obamas, Castros, Santos und der FARC' in der Zeitung Klassenstandpunkt, Nr. 11 veröffentlicht wurde.

4 Auch wenn wir zentrale politische Einschätzungen von Trotz Alledem und BP nicht teilen, beinhaltet der Artikel 'Gescheiterter Militärputsch Türkei/Nordkurdistan' in TA Nr. 73, September 2016, S. 51-53 eine gute zusammenfassende Darstellung der Abläufe in deutscher Sprache und mag insofern zum Nachschlagen der Fakten genutzt werden.

Organisation rekrutiert. Ziel ist es eine sogenannte 'Goldene Generation' zu schaffen. Bis zum Tag der Machtübernahme sollen diese Kader im Staatsapparat und der Wirtschaft verdeckt bleiben.[5]

Ausdruck dieser Strategie ist die bekannte Aussage von Gülen gegenüber seinen Anhängern, wonach der regelmäßige Besuch und gute Abschluss der Universität wichtiger sei als der Moscheebesuch. Weiterhin folgt daraus, dass sich die Anhänger Gülens als Netzwerk organisieren und grundsätzlich immer bestreiten, Teil einer Organisation zu sein. Sie würden lediglich den Ideen des Prediger Gülen anhängen, da sie diese richtig fänden. So kamen nach dem Putsch auch Gülen-Anhänger im deutschen Fernsehen zu Wort.

Die AKP gewann bei den Wahlen 2002 die Mehrheit im Parlament und bildete erstmals die Regierung. Gleichzeitig war der Staatsapparat weiterhin in der Hand der alten kemalistischen Elite und ihrer Staatsbürokratie. Im Machtkampf mit den Kemalisten hat die AKP ein Bündnis mit Gülen geschlossen. Gülen hatte bereits ab 1974 angefangen Kader seiner Organisation in der Armee zu platzieren und seit 1980 auch im Justizapparat. Die Gülen-Bewegung war daher 2002 die einzige islamische Kraft, die über einen gewissen Einfluss und geschulte und gefestigte Kader in Teilen des Machtapparates verfügt hat.

Es war ein Zweckbündnis zwischen zwei verschiedenen bürgerlichen Räubern. Erdoğan bzw. die AKP nutzen die Kader der Gülen-Bewegung, um die Kemalisten Schritt für Schritt zurück zu drängen und die Kontrolle im Staatsapparat in die eigenen Hände zu bekommen. Ein bekanntes Beispiel ist der politisch motivierte Ergenekon-Prozess. Die Justiz in Form von Gülen-Kadern hat in einem politischen Schauprozess Teile der kemalistischen Elite, darunter erstmals einige Generäle der vorher unantastbaren türkischen Armee, wegen einer angeblichen oder auch tatsächlichen Verschwörung verurteilt. Umgekehrt nutzte Gülen das Bündnis mit der AKP, um seinen Einfluss erheblich auszudehnen (u.a. durch den Aufbau eines eigenen Medienimperiums), in alle Teile des Staatsapparats einzudringen und das Netzwerk seiner Bildungseinrichtungen mit Unterstützung des türkischen Staates international auszudehnen.[6]

Das Bündnis zerbrach im Februar 2012 im Streit um den Umgang mit der kurdischen Freiheitsbewegung. Die AKP verhandelte damals mit der PKK über einen möglichen Friedensprozess. Von Gülen dominierte Teile der Justiz luden daraufhin den Geheimdienstchef, der diese geheimen Verhandlungen führte, zur Vernehmung vor. Der Machtkampf brach offen aus. Er wurde in den folgenden Jahren seitens Gülen u.a. mittels der gezielten Veröffentlichung von internen Informationen, durch Korruptionsermittlungen und entsprechende Strafverfahren und mit Medienkampagnen geführt. Seitens der AKP kamen die staatlichen Machtmittel zum Einsatz; z.B. durch Strafversetzung von über 1000 Staatsanwälten und Polizisten zur Verkehrspolizei, die zuvor die Korruptionsermittlungen gegen den inneren Kreis von Erdoğans Machtclique vorangetrieben hatten. In diesem erbitterten Machtkampf gewinnt die AKP im Verlauf der Jahre 2014 und 2015 allmählich die Oberhand. Sie kann die Gülen-Bewegung nicht nur im Staatsapparat zurückdrängen, sondern greift auch deren

5 Zur Veranschaulichung dieser Politik mag ein Vergleich mit den Freimaurern, die vordergründig nur sozial-wohltätig auftreten, oder der Geheimloge P2 herangezogen werden, die im Zusammenhang mit dem Auffliegen von Gladio in Italien zu einer gewissen Bekanntheit gelangt ist. Allerdings gibt es hier auch wichtige Unterschiede.

6 Siehe dazu den BBC-Hintergrundbericht Turkey's post-coup crackdown hits 'Gulen schools' worldwide vom 23.09.2015, dem auch die Grafik entnommen ist, unter www.bbc.com/news/world-europe-37422822

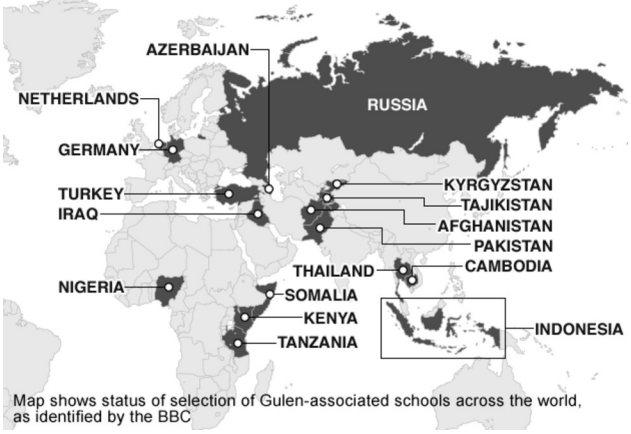
finanziellen Mittel durch Enteignungen von Konzernen in der Türkei an.

Im Sommer 2016 steht die Gülen-Organisation innerhalb der Türkei faktisch mit dem Rücken zur Wand. Als aktionsfähiger Teil verbleibt ihr nur noch die Struktur, die sie in Teilen der Armee bilden konnte. Genau diese sollte auf der für den 4. August 2016 anberaumten Sitzung des 'Hohen Militärrats' zerschlagen werden. Es wurde bereits im Vorfeld bekannt, dass auf dieser Sitzung 2000 bis 2500 der Gülen-Bewegung zugerechnete Offiziere und Generäle pensioniert bzw. entlassen oder auf unwichtige Posten versetzt werden sollten.

Der Putsch war also de facto der letzte verzweifelte Versuch der Gülen-Kader aus der ihnen noch verbliebenen Machtbastion im Staat heraus das Blatt zu wenden. Die Putschisten haben alles auf eine Karte gesetzt und verloren. Trotz einer spürbaren Unzufriedenheit im Offizierskorps wegen des zunehmend verlustreichen Kriegs im Nordkurdistan, konnten sie nur wenige Kemalisten und andere unzufriedene Militärs auf ihre Seite ziehen. Ihre Fehleinschätzung der Kräfteverhältnisse bezahlen sie mit ihrem Leben bzw. ihrer Gesundheit bei den Folterverhören durch die Spezialpolizei.

Imperialistische Intrigen

Die Türkei hat seit dem tiefen Kriseneinbruch 1997 eine enorme wirtschaftliche Entwicklung hinter sich. Das türkische Wirtschaftswunder hat zu einer realen Verdoppelung bis Verdreifachung des Lebensstandards in der Westtürkei geführt. Dies ist einer der wesentliche Gründe für die weiterhin hohe Zustimmung und feste Massenbasis der AKP in Teilen der sunnitisch-arabischen, türkischen Mehrheitsgesellschaft. Diese rasante Entwicklung des Kapitalismus führt gesetzmäßig dazu, dass die Türkei Kapital exportieren und daher anfangen muss, auch politisch und militärisch die regionalen Interessen ihrer Bourgeoisie zu verteidigen. Dem entspricht der Versuch der AKP, die Türkei als islamische Regionalmacht zu etablieren und eine eigenständige imperialistische Politik im Mittleren Osten zu betreiben.



Das stößt bei den etablierten Räubern, den westlichen Imperialisten – egal ob in Deutschland, der EU oder den USA – auf keinerlei Gegenliebe oder gar Verständnis.

Gülen lebt in den USA im Exil auf einem abgeschirmten Landschloss in Pennsylvenia. Es wäre weltfremd anzunehmen, dass er vor dort aus einen Putsch organisieren konnte, ohne das der CIA es mitbekommen hat. Ebenso ist es ausgeschlossen, dass seine Anhängern in der streng hierarchischen und zentralsierten Gülen-Bewegung ohne Befehl und Freigabe ihres Führers auf eigene Faust handeln würden. Gülen gilt in der revolutionären türkischen Linken sogar gemeinhin als Agent der CIA. Es spricht daher alles dafür, dass Erdoğan ausnahmsweise mal richtig liegt, wenn er den USA indirekt vorwirft, dass sie den Putsch unterstützt bzw. zumindest zugelassen hätten. Sie haben ihn nicht gewarnt und wären offensichtlich nicht unglücklich gewesen, wenn der für sie zunehmend unkontrollierbare Erdoğan durch den Putsch ausgeschaltet worden wäre. Tatsächlich haben sich alle westlichen Imperialisten reichlich Zeit gelassen - nämlich bis klar war, dass der Putsch scheitern würde - bis sie sich zugunsten der AKP-Regierung gegen

den Putsch positionierten.

Der Gegenputsch der AKP

Es gibt eine Reihe von Spekulationen, warum der Putsch gescheitert ist. Auch wenn nicht alle Intrigen und Abläufe innerhalb der Bourgeoisie und im Staats- wie Militärapparat im Detail bekannt sind, so genügen die öffentlich belegten Abläufe dennoch, eine politische Einschätzung des gescheiterten Putsches zu erstellen.

Der Putsch war keine Inszenierung der AKP, sondern ein blutiger Machtkampf. Gegen falsche Spekulationen als AKP-Inszenierung sprechen im Nachhinein die Fakten, vor allem die Tatsache, dass alle Beteiligten viel zu weit gegangen sind. Über 250 Tote, darunter 50 Spezialkräfte der Polizei, die bei Luftangriffen auf ihr Hauptquartier in Ankara sterben, Soldaten denen von einem Lynchmob die Kehle durchgeschnitten wird, Offiziere der „großen türkischen Armee“, die öffentlich gefoltert werden – das war kein Theaterstück! Dies widerspricht unserer Meinung nicht einem offensichtlich vorbereiteten Plan seitens der AKP für die Ausrufung des Notstands (der ja auch mit anderen Ereignissen hätte begründet werden können), inklusive Verhaftungslisten die nur aus der Schublade geholt werden mussten.

Der Putsch war keineswegs dilettantisch geplant. Das scheinbar dilettantische Vorgehen der Putschisten ist in Wirklichkeit Ausdruck der für sie ungünstigen Kräfteverhältnisse gewesen. Mangels Massenbasis mussten sie darauf setzen, dass die Bevölkerung ruhig bleibt, wenn die Panzer rollen. Sie hofften, wie die Wortwahl ihrer verlesenen Erklärung zeigt, die Kemalisten zu gewinnen. Trotzdem konnten sie nur einen stark begrenzten Teil der Armee mitziehen. Andere Teile (so insbesondere der Generalstabschef und andere zur AKP loyale Generäle und mindestens Teile des Nachrichtendienstes) haben von Anfang an aktiv gegen den Putsch gearbeitet. So scheiterte auch ein zentrales Element des Putsches, nämlich die Verhaftung bzw. Tötung von Erdoğan in seiner Urlaubsvilla im Marmaris.

Trotz dieser Spaltung im Staats-, Polizei- und Militärapparat in den ersten Stunden des Putsches blieb der Ausgang zunächst offen. Ausschlaggebend war dann, dass es der AKP gelungen ist, ihre Basis gegen den Putsch auf die Straße zu mobilisieren. Angeführt von den paramilitärischen AKP-Milizen der Osmanischen Vereine und anderen, zivilen AKP-Kadern sind im ganzen Land vermutlich einige hunderttausend Menschen überwiegend unbewaffnet den Putschisten entgegengetreten. Auch in zahlreichen Kasernen gab es Diskussionen, so dass vielerorts die Putschisten keine weiteren Truppenteile ins Feld führen konnten.

Kaum hat die AKP im Laufe der Nacht die Oberhand gewonnen, beginnt der Gegenputsch. Es zeigt sich, dass die AKP deutlich größere Teile des Staatsapparats auf ihrer Seite hat (z.B. die ganzen Kommunalverwaltungen) und über ihre Kanäle (z.B. die 900 Moscheen im ganzen Land) die Massen für ihre Ziele mobilisieren konnte. Die Stimmung gegen die „Verräter“ und „Terroristen“ wird zu einem faschistischen Pogromtaumel hochgepuscht. In dem Windschatten dieser Stimmung wird die bürgerliche Opposition, die Kemalisten der CHP ebenso wie die nationalistischen Faschisten der MHP, eingebunden und der Gegenputsch kaltblütig durchgezogen. Der Ausnahmezustand wird verhängt und umfassende „Säuberungen“ mit bislang ca. 32.000 Verhafteten und ca. 100.000 aus dem Staatsdienst Entlassenen beginnen (Stand Anfang Oktober). Gerade letztere Zahl belegt, auch wenn sich darunter etliche demokratische, kritische Oppositionelle befinden, dass der Ausnahmezustand nach drei Monaten sein vorgebliches Ziel der Ausschaltung der Gülen-Bewegung innerhalb der Türkei weitgehend erreicht haben dürfte. Die

Anfang Oktober erfolgte Verlängerung um zunächst drei Monate zeigt, dass es dem faschistischen AKP-Regime und der hinter ihr stehenden türkischen Bourgeoisie um weit mehr geht.

Verbliebene demokratische Spielräume werden auf Null reduziert, wofür beispielhaft das Verbot der Zeichentrickserie 'Die Schlümpfe' in kurdischer Sprache steht, die durch das Verbot des einzigen kurdischen Kindersenders Ende September nicht mehr ausgestrahlt werden kann. Schon in den ersten Tagen des Gegenputsches wird die Folter durch die mediale Vorführung schwer misshandelter „Verräter“ normalisiert. Sie wird seitdem wieder massenhaft und regelmäßig in der Polizeihaft gegen KommunistInnen, Revolutionäre, kurdische AktivistInnen und Oppositionelle angewandt.

Die revolutionäre Linke in der (West)türkei hat sich unserem Eindruck nach auf eine solche Situation deutlich besser als beim Miltärputsch am 12. September 1980 vorbereitet. In Nordkurdistan wird sowieso schon seit einem Jahr offen Krieg geführt. Dagegen werden die nach dem Gezi-Aufstand 2013 entstandenen demokratischen Bewegungen durch die offen terroristische Diktatur der AKP auf dem falschen Fuß erwischt. Viele ihrer AktivistInnen hatten ihre Hoffnungen auf eine Demokratisierung der Türkei unter Beibehaltung der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse gesetzt. Die Erfolge der HDP 2015, die den traditionellen Stimmenanteil der KurdInnen nahezu verdoppeln konnte, gehen auf das demokratische Bündnis mit diesen Strömungen zurück. Mit dem Schrumpfen aller legalen Spielräume auf Null stellt sich auch für DemokratInnen, LinksreformistInnen und das zwischen Reform und Revolution schwankende Zentrum die alles entscheidende Frage: Wie weiter? Ängstlicher Rückzug und Kapitulation vor der AKP-Diktatur oder Vorwärtsgehen an Seiten der KommunistInnen und des antifaschistischen, politischen und militärischen Kampfs der KurdInnen für eine demokratische Revolution zur Errichtung einer Volksdemokratie?

Gründung des HBDH Bündnisses

Kurdistan – verschärfter Krieg an allen Fronten

Das Hauptziel der türkischen Bourgeoisie und der eigentliche Zweck der Errichtung einer offenen, faschistischen AKP-Diktatur besteht in der Zerschlagung der kurdischen Freiheitsbewegung, die durch die PKK unbestritten geführt wird. Dies ist notwendig, weil einerseits Kurdistan objektiv zum Rückzugsraum und Stützpunktgebiet für alle Revolutionäre in der Türkei geworden ist (und zwar unabhängig von ihrer politischen Haltung zur PKK). Andererseits hat sich im Gegenzug gezeigt, dass die KurdInnen trotz ihrer Stärke auf sich allein gestellt ohne eine zweite Front im Westen nicht gewinnen können. Die beginnende Schlacht um Kurdistan wird also den weiteren Verlauf der Entwicklung in der Region und eventuell darüber hinaus maßgeblich beeinflussen.

Folgerichtig setzt die AKP auf eine Verschärfung des Kriegs in Nordkurdistan, z.B. in dem sie durch die Zwangsverwaltung kurdischer Kommunen und die im November erfolgte Inhaftierung der HDP-Parteiführung die eroberten legalen Spielräume abräumt. Auch

außenpolitisch geht sie im Windschatten des Ausnahmezustands in die Offensive. Im September 2016 dringen die türkische Armee und von ihr unterstütze islamistische und teilweise offen jihadistische Söldner in Nordsyrien ein. Ziel ist zu verhindern, dass die Kantone Afrin im Westen und Kobane im Osten durch die YPG/YPJ verbunden werden. Letzteres hatte nach der Eroberung der strategisch wichtigen Stadt Manbji mit dem Vorrücken der syrischen KurdInnen und ihrer Partner in der Syrian Democratic Front (SDF) auf Al-Bab gedroht.
Die Türkei erklärt offen ihr Ziel eine 5000 km² große Schutzzone, sprich ein türkisches Protektorat, in Nordsyrien zu errichten. Ein Wunsch, der ihr noch 2015 von den westlichen Imperialisten abgeschlagen worden war und den sie nun auf eigene Faust durchzusetzen versucht.
US-SoldatInnen der special forces geraten im Herbst 2016 gleich mehrfach zwischen die immer unübersichtlich werdenden syrischen Fronten. Während die USA mit Mühe verhindern, dass ihre in den SDF-Einheiten eingebettenen Spezialkräfte von türkischer Armee und islamistischen Milizen nördlich von Manbji angegriffen werden, vertreiben Islamisten US-Soldaten vor laufender Kamera aus der von ihnen und der Türkei „befreiten“ Grenzstadt al-Rai.

Krieg dem Krieg oder Stopp aller Kampfhandlungen – Versuch einer politischen Einordnung

Für KommunistInnen, Revolutionäre, AntiimperialistInnen, aber auch alle AntifaschistInnen und fortschrittlich-demokratisch gesinnten Menschen ist die Ablehnung imperialistischer Kriege Ausgangspunkt jeglicher Politik. Insofern lässt sich schnell ein Konsens herstellen, dass z.B. die Bundeswehr nichts in Incirlik zu suchen hat und daher umgehend zurückgezogen werden muss. Ebenso wird man sich darauf verständigen können, dass der imperialistische Stellvertreterkrieg in Syrien umgehend durch Rückzug aller ausländischen Truppen und ihrer Söldner beendet werden muss.
Aber wie verhält es sich in Nordkurdistan, also den Kriegsgebieten im Südosten der Türkei, wo die staatliche Terrordiktatur wütet? Welche Haltung müssen KommunistInnen und alle ehrlichen Menschen einnehmen angesichts der getroffenen Wahl der türkischen Bourgeoisie für eine Lösung der Kurdenfrage mittels militärischer Vernichtung der PKK und aller ihr zugerechneten Strukturen?
Es gibt eine Position unter den fortschrittlichen Kräften bis hinein in die revolutionäre Linke, die – von beiden (!) Kampfparteien - die sofortige Beendigung aller Kampfhandlungen und die Wiederaufnahme der Friedensgespräche fordert, also die Rückkehr zum Status vor dem Massaker von Suruc. Bekanntlich war das Suruc-Massaker aber nur der Endpunkt eines Prozesses, der zum offenen Kriegsausbruch geführt hat. Am Beginn stand die Tagung des Hohen Militärrats vom 30. Oktober 2014, der in der längsten Sitzung seiner Geschichte das grüne Licht für eine militärische Eskalation im Kampf gegen die kurdische Befreiungsbewegung gegeben hatte.
Diese Entscheidung wiederum war eine Folge des teilweise spontanen und ungeheuer dynamischen Serhildan (Volksaufstand) vom 6. bis 8. Oktober 2014, bei dem die Massen die Polizei und Gendamerie überrannten, sich spontan bewaffneten und hunderte von Regierungsgebäuden übernommen hatten – kurz gesagt die Revolution vor der Tür stand. Selbst die Parteiführung der PKK hatte große Mühe, die Situation wieder in den Griff zu bekommen. Sie hatte die Proteste nur als politische Machtdemonstration und Druckmittel gewollt, um die vollkommene Blockade Kobanes auf

türkischer Seite zu durchbrechen.
Diese revolutionäre Energie, die in einer weniger zugespitzten Situation und in abgeschwächter Form auch beim spontanen Gezi-Aufstand 2013 in Istanbul und der Westtürkei in Erscheinung getreten ist, ist die wahre Ursache für die Errichtung des Faschismus in der Türkei. Mit der kurdischen Bourgeoisie wäre – derzeit eher theoretisch, da viel Porzellan zerschlagen ist – für die Türkei eine Verständigung möglich.
Mit der revolutionären Seite geht dies nicht. Die türkischen revolutionären Parteien – egal ob sie sich als Marxisten-Leninisten, Maoisten oder Stadtguerilla verorten – haben viel Erfahrung angehäuft seitdem Mahir Cayan, Deniz Gezmis und Ibrahim Kaypakkaya Anfang der 70er Jahre den Kampf aufgenommen haben. Auch wenn sie aktuell quantitativ relativ schwach erscheinen mögen, sind sie qualitativ stark. Dies mag alleine die Tatsache belegen, dass es weltweit nicht allzu viele kommunistische und revolutionäre Parteien gibt, die seit 50 Jahren unter dem Faschismus kämpfen und dabei weder zerschlagen noch integriert werden konnten.
Die türkische Bourgeoisie hat den einzig logischen Schluss aus der Analyse der Lage gezogen: Sie muss mittels des Faschismus die revolutionäre Avantgarde auslöschen, bevor sich diese mit der revolutionären Energie der Massen verbindet. In Tunesien konnte die Bourgeoisie zusammen mit dem Imperialismus 2011 einen arabischen Frühling überstehen, weil der subjektive Faktor in Form der KommunistInnen noch nicht weit genug entwickelt gewesen ist. In der Türkei kann und will es die Konterrevolution nicht auf eine praktische Probe ankommen lassen - deswegen setzt sie ähnlich wie die deutsche Monopolbourgeoisie 1933 auf den präventiven Terror, um dem revolutionären Aufstand zuvor zu kommen.
Wer heute in einer akut revolutionären Situation in der Türkei und Kurdistan von beiden Seiten – und das heißt vor allem von den kämpfenden AntifaschistInnen, da die Konterrevolution ihre Wahl getroffen hat und auf solche Ratschläge nichts geben wird – den Stopp aller bewaffneten Kampfhandlungen fordert, der arbeitet faktisch den FaschistInnen zu.
Gegen unsere Position wird ein scheinbar gewichtiges Gegenargument vorgebracht, nämlich dass ja auch die HDP genau dies fordere: Sofortigen Frieden, Schluss aller Kampfhandlungen und Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen. Warum dieser Einwand politisch falsch ist, wollen wir mit einer Gegenfrage aufzeigen: Was soll eine Wahlplattform, die unter den Bedingungen des entfalteten Faschismus mit dem Leben ihrer AktivistInnen die letzten Quadratzentimeter demokratischer Spielräume zäh verteidigt, denn bitte sehr anderes fordern? Sollte sie vielleicht andeuten, dass der bewaffnete antifaschistische Freiheitskampf irgendwie verständlich oder gar gerecht wäre? Es wäre ihr Todesurteil – nicht im übertragenen Sinn, sondern ganz praktisch und sehr blutig.
Krieg dem imperialistischen Krieg – die alte Losung Lenins und zugleich der Schlachtruf des Spartakusbunds während des ersten imperialistischen Weltkriegs sind auch heute die Richtschnur unseres Handelns.
Als Marxisten-Leninisten, als Revolutionäre egal welcher Strömung und als AntifaschistInnen können wir nicht im Namen eines abstrakten Demokratismus eine Fraktion der faschistischen Bourgeoisie gegen die andere unterstützen (z.B. Erdoğan gegen Gülen). Auch die Aussage "Ein Putsch sei immer schlecht" muss genauer vom ML-Standpunkt aus analysiert werden. Wenn vor einem Putsch eine bürgerliche Demokratie herrschte, trifft das in der Regel zu. Deswegen können und haben KommunistInnen in solchen Situationen die bürgerliche Demokratie gegen den Faschismus verteidigt. Wenn aber vorher, wie in der Türkei

am 14. Juli 2016, bereits der Faschismus herrscht und es sich um einen Machtkampf zwischen verschiedenen Fraktionen innerhalb der FaschistInnen handelt, dann kann nur die eigenständige revolutionäre Linie die korrekte Haltung sein. Deshalb war die Losung 'Weder Putsch noch AKP-Diktatur' mit der u.a. im Istanbuler Stadtteil Gazi in der Putschnacht demonstriert wurde, die einzig sinnvolle politische Reaktion. Ein geschichtlicher Vergleich mag das verdeutlichen: Hätte die KPD 1934 bei sogenannten „Röhm-Putsch“ die SA gegen die Liquidierung durch die SS verteidigen sollen? Wer das – zurecht – als absurd empfindet, der/die kann auch nicht fordern, dass die revolutionäre Linke in der Türkei den Gegenputsch der AKP durch Beteiligung an den täglichen Massendemonstrationen der AKP-Anhänger hätte unterstützen sollen.

Auch das Argument, dass die AKP Hunderttausende AnhängerInnen aus den Massen gegen den Putsch mobilisiert hat, trägt nicht. Wir können doch nicht aufhören zu kämpfen, nur weil der Faschismus mehr oder weniger große Teile der Massen für sich gewonnen hat. Gerade dann, wenn der Faschismus die Form einer sozialen Massenbewegung annimmt, wird der antifaschistische Kampf umso notwendiger. Wer meint, die türkische Linke habe versagt, weil sie nicht auf Seiten der AKP gegen den Putsch demonstriert habe, der muss sich auch die Konsequenz seiner Haltung für die Verhältnisse hierzulande vor Augen führen. Die falsche Logik, dass wir den Massen hinterlaufen müssten, auch wenn sie den Faschisten folgen, würde in der Konsequenz z.B. bedeuten, dass wir die Refugees in Bautzen dem braunen Mob überlassen. Denn in Sachsen haben die Faschisten derzeit eine stabile Mehrheit der Bevölkerung hinter sich.

Wir können nicht einen Frieden in der Türkei und Kurdistan fordern, der nur bedeuten würde, vor dem Faschismus zu kapitulieren und die kämpfenden PartisanInnen zu entwaffnen. Wir dürfen nicht mitschuldig an einem neuen Völkermord und einer Massenvertreibung werden, 100 Jahre nach den ArmenierInnen diesmal der KurdInnen. Solange die politische Lage sich nicht wesentlich verändert, ist der bewaffnete Kampf kein Hemmnis für einen Frieden oder eine Demokratisierung, sondern ein Faustpfand für das Leben tausender KurdInnen in Städten und Dörfern und vorallem für das Überleben nicht nur der kurdischen Befreiungsbewegung, sondern aller Revolutionäre. Wenn dieser Widerstandswille zusammenbricht, bedeutet das die größte denkbare Niederlage für die Kräfte, die ehrlich für eine demokratische Türkei kämpfen.

Wir müssen deswegen offensiv propagieren, dass der bewaffnete antifaschistische und revolutionäre Kampf in der Türkei und Kurdistan gerecht und seine Unterstützung in jedweder Form legitim ist. So wie in Rojava beim Kampf gegen Daesh müssen wir auch in Bezug auf den islamischen Faschismus der AKP-Diktatur klarmachen, dass der Faschismus keine Meinung ist, sondern ein Verbrechen - und wir die Revolution als einzige Alternative sehen.

Als proletarische InternationalistInnen und AntifaschistInnen müssen wir alles uns mögliche tun, um den gerechten antifaschistischen Befreiungskampf für eine demokratische, antifaschistische und antiimperialistische Revolution in der Türkei und Kurdistan zu unterstützen.

Krieg dem imperialistischen Krieg!
No Pasarán – die Faschisten werden nicht durchkommen!
Es lebe die demokratische Revolution der Völker der Türkei und Kurdistans!

AUF ZUR LENIN LIEBKNECHT LUXEMBURG DEMO

15.1 | BERLIN

Jedes Jahr demonstrieren tausende Menschen zum Grab der Kommunisten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht um den Gefallenen und Kämpfern der Revolution – wie V.I.Lenin – zu Gedenken. Wenn du Interesse hast mit uns gemeinsam anzufahren und/oder zu laufen:

www.komaufbau.org/LLL

REVOLUTIONÄRE SOLIDARITÄT MIT ROJAVA

GEGEN DAESH, DER TÜRKISCHE STAAT, DIE REAKTIONÄREN UND IMPERIALISTISCHEN STAATEN

DE.ROJAVA.XYZ

DE.ROJAVA.XYZ

Im Herzen des Mittleren Osten haben sich die Völker von Rojava gegen die reaktionären Kräfte, die diese Region seit dutzenden Jahren unterdrücken, erhoben. *Nach der Befreiung von Rojava von den Daesh, sorgen sich die Bewohner von Rojava und die zahlreichen internationalen Revolutionäre, die sie unterstützt haben, vor den amerikanischen und NATO-Imperialisten, sowie vor den Reaktionären und faschistischen Regimen im Mittleren Osten : die Türkei, Saudiarabien und Iran. Alle mischen sich durch Bombardements oder Einflussnahme ein und reproduzieren die Strategien, die zur Bildung von vielen islamistischen Gruppen wie die Daesh, Al-Quaida und Al-Nusra geführt haben. Alles Golems, die der Kontrolle der kapitalistischen Ländern entglitten sind.*

Weder durch mörderische Attentate, Bombardements der Zivilbevölkerung, Massenverhaftungen von Revolutionären, permanenten Angriffen auf die Guerillas noch durch den kapitalistischen Handel kann der Befreiungskampf der Völker von Rojava, von Kurdistan und vom ganzen Mittleren Osten aufgehalten werden. Gerade die bewaffnet kämpfenden Frauen in Rojava sind der grösste Albtraum der Islamisten.

Die Türkei versucht die revolutionären Ziele der unterdrückten Völker in Rojava zu sabotieren. Dazu hat sie mit ihren Verbündeten USA, NATO, EU, UNO, Sozialdemokraten und reaktionären Regimes eine grosse Repressionskampagne in den kurdischen Gebieten in der Türkei, im Irak und in Syrien eingeleitet.

Helfen wir dem Internationalen Befreiungsbataillon**, das verschiedene kommunistische, anarchistische und antifaschistische Kämpfer vereint, die zusammen Rojava verteidigen.* ***Bringen wir ihnen eine politische und materielle Unterstützung, in dem wir blutungsstoppende Pflaster finanzieren. 60 % der Toten durch Schussverletzungen sterben an Verblutung weil der Transport zu lange dauert. Die Pflaster stoppen Blutungen schnell und kosten 40$ pro Stück.

Unterstützt den Kampf für die Revolution der Völker in Rojava und anderswo, gegen die Islamisten, die USA, die NATO und die reaktionären Staaten !

Spenden :

IBAN : BE09 0016 1210 6957

BIC : GEBA BE BB

Kommunikation: « Rojava ».

CELOX-PFLASTER
in Rojava